

Bezugspreis:
Stetigfort. 90.— M. monat. 8.— M.
frei im Haus, voraus zahlbar. Post-
bez. monatlich 10.— M. einm. 20.—
Bezugsgebühr. Unter Kreuzband für
Deutschland, Danzig, Saar u. Rhein-
gebiet, sowie Belgien, Österreich u.
Sachsen 64.— M. für das übrige
Russland 82.— M. Postbestellungen
nehmen an Belgien, Dänemark, Eng-
land, Estland, Finnland, Frankreich,
Holland, Lettland, Litauen, Ost-
preußen, Schweden, Schweiz, Tschecho-
slowakei und Ungarn.
Der „Vorwärts“ mit der Sonntags-
beilage „Welt und Zeit“ der Unter-
haltungsbeilage „Grimms“ und der
Beilage „Siedlung und Räumungen“
erscheint wochentlich zweimal, Son-
tags und Montags einmal.

Telegraphische Adresse:
„Sozialdemokrat Berlin“

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Anzeigenpreis:
Die einseitige Anzeigenzeile
kostet 12.— M. „Kleine Anzeigen“
das fertige Wort 2.— M. (zu-
willing zwei fertige Wörter). Jedes
weitere Wort 1.— M. Stellengeld
und Schließelanzahlungen das erste
Wort 2.— M., jedes weitere Wort
1.50 M. Worte über 15 Buchstaben
zählen für zwei Worte. Familien-
anzeigen für Abonnenten Zeile 6.— M.
Die Preise verstehen sich einschließlich
Leistungsgeldes.
Anzeigen für die nächste Nummer
müssen bis 4½ Uhr nachmittags im
Hauptgeschäft, Berlin SW 68, Linden-
straße 3, abgegeben werden. Gedruckt
von 9 Uhr früh bis 5 Uhr nachmittags.

Redaktion und Expedition: SW 68, Lindenstr. 3
Kernsprecher: Redaktion Moritzplatz 11753-97
Expedition Moritzplatz 11753-51

Dienstag, den 4. April 1922

Vorwärts-Verlag G.m.b.H., SW 68, Lindenstr. 3
Kernsprecher: Verlag, Expedition und Interaten-
Abteilung Moritzplatz 11753-54

Lloyd Georges große Rede.

Beruhigungsworte für Frankreich.

London, 3. April. (M.B.) Lloyd George hat heute in dem bis auf den letzten Platz besetzten Unterhause seine mit großer Spannung erwartete große Rede über die Politik der britischen Regierung auf der Genuefer Konferenz gehalten. Beim Betreten des Saales wurde dem Premierminister von seinen Anhänger eine begeisterte Kundgebung dargebracht. Die Rede Lloyd Georges, der die Opposition mit scharfem Sarkasmus behandelte und seine Politik mit größtem Ernst und Nachdruck verteidigte, wurde vom Hause mit gespannter Aufmerksamkeit verfolgt und nur ab und zu bei ironischen Bemerkungen des Ministers an die Adresse seiner Gegner durch starkes Gelächter unterbrochen. Sie trug Lloyd George lebhaften Beifall ein.

Lloyd George erklärte in seiner Rede, der Vertrauensantrag sei fast derselbe, wie der vor der Washingtoner Konferenz eingebracht. Im Gegensatz zu Zeitungsnachrichten habe das Kabinett den Antrag in der Gestalt, wie er ihm eingebracht habe, genehmigt. Wenn der Antrag abgelehnt werden sollte, so müßte eine andere Anordnung Großbritannien in Genua vertreten. Die Konferenz sei einberufen worden, um die Frage des wirtschaftlichen Wiederaufbaues Europas zu erwägen, das bis zu einem nie dagewesenen Umfang verarmt sei. Große Rüstungen seien im Anzuge. Die schon mit Steuern überbürdeten Völker hätten noch weitere Lasten zu tragen, um Gefahren, die man fürchtet, abzuwehren. Genua sei bestimmt gewesen, die beste Art der Wiederherstellung der Ordnung und der Hebung des Wohlstandes zu prüfen. Seit der Cammer Konferenz hätten keinerlei neue Beschränkungen hinsichtlich der Aufgaben der Genuefer Verhandlungen Platz gegriffen. Eine Versammlung, wie die in Genua, wäre nicht geeignet, bestehende Verträge einer Revision zu unterziehen. Auch dann nicht, wenn eine solche wünschenswert wäre. Unzweifelhaft hätten die nach dem Versailler Vertrage vorgenommenen Grenzänderungen neue wirtschaftliche Schwierigkeiten hervorgerufen. Lloyd George behauptet, die Reparationen hätten eine wirtschaftliche Desorganisation nicht verursacht. (1) Die Schwierigkeit der Lage sei der Tatsache zuzuschreiben, daß Frankreich und Belgien zerstört worden seien.

Wenn der Versailler Vertrag geändert würde, so würde die Last von Deutschland auf Frankreich und Belgien verschoben.

Wenn wir auf Zahlungen beständen, die die Tragfähigkeit eines durch den Krieg erschöpften Landes überschreiten, würden wir die Krisis beschleunigen, die in Deutschland ohne Grenzen wäre. Aber zweitens ist zu erwägen, daß Deutschlands äußerste Zahlungsfähigkeit nicht nach seiner Fähigkeit in der Gegenwart zu

beurteilt ist, wo es ebenso wie das übrige Europa um die Erholung von der Erschöpfung durch den Krieg kämpft. Auch sind diese Fragen nicht dazu angetan, in Genua entschieden zu werden. Frankreich kann auf das Recht einer Entschädigung entsprechend dem Versailler Vertrage nicht verzichten. Diese Fragen können dem Urteil einer Konferenz, auf der Deutschland, Oesterreich, Ungarn, Rußland und die Neutralen vertreten sind, nicht unterbreitet werden.

Die neue Ordnung der Grenzen

besteht hauptsächlich in der Rückstattung Elsaß-Lothringens an Frankreich, die in wirtschaftlicher Beziehung eine große Veränderung bedeute. Dann sei Polen wiederhergestellt worden, und endlich seien die Slawenbevölkerungen des vormalsigen Oesterreich-Ungarn als unabhängig anerkannt worden.

Lloyd George sagte, er nehme nicht an, daß irgendein Mitglied des Hauses wünsche, daß Elsaß-Lothringen an Deutschland zurückgegeben oder daß Polen wieder in Stücke gerissen werde, oder daß der Tschechoslowakei oder Jugoslawen ihre Unabhängigkeit genommen werde. Unbestreitbar hätten die Grenzveränderungen neue wirtschaftliche Komplikationen geschaffen. Die neu entstandenen Bevölkerungen hätten naturgemäß das Recht, Freiheit in fiskalischer und wirtschaftlicher Beziehung zu genießen.

Lloyd George fuhr fort: Unter den Auspizien des Völkerbundes seien zahlreiche Konferenzen abgehalten worden und die Frage der Wiederherstellung des Friedens, des Vertrauens, des Handels, des internationalen Handels usw. seien erörtert worden. Die Konferenzen hätten beträchtliche Ergebnisse erzielt, wenn sie auch nicht alles erreicht hätten, was sie erreichen sollten. Es wäre aber verfehlt, aus diesem Grunde von einem Misserfolge zu sprechen. Mit erhabener Stimme sagte Lloyd George dann: Wir dürfen uns nicht zu leicht niederdrücken oder enttäuschen lassen. Wir müssen Geduld, Beharrlichkeit und Festigkeit zeigen. Wenn durch eine Konferenz ein Fortschritt auf dem Wege zur Lösung der bestehenden Schwierigkeiten gemacht wird, so hat diese Konferenz ihren Berechtigungsanspruch erbracht. Ich verstehe nicht, weshalb die Arbeiterpartei gegen die Konferenz ist, da sie doch selbst durch Konferenzen groß geworden ist. Die Welt ist so zerklüftet, ihre lebenswichtigen Organe sind so schwer verwundet, daß der Heilprozeß langsam vorantreiben gehen wird und daß die Kräfte zahlreiche Konsultationen abhalten müssen. In Genua werden die Vertreter von 30 Nationen versammelt sein. Warum ist diese große Versammlung nötig? Weil Europa durch den Krieg vom Atlantischen Ozean bis zum Ural verwüstet wurde. Einige Länder leiden unter den Folgen des Krieges mehr, die anderen weniger, aber in Mitleidenschaft gezogen sind sie alle.

Die Sachverständigenkommission für Genua.

Im Auswärtigen Amt fand heute unter dem Vorsitz des Ministers des Auswärtigen, Dr. Rathenau, und unter Beteiligung der zuständigen Ressorts die erste Besprechung mit den für die Konferenz in Genua von der Reichsregierung berufenen Sachverständigen statt. Der Minister dankte ihnen für ihre Mitwirkung, gab eine Uebersicht über die Vorgeschichte der Genuefer Konferenz und skizzierte die Gegenstände, die voraussichtlich dort zur Erörterung kommen würden. Auf Vorschlag des Ministers werden drei Unterkommissionen der Sachverständigen gebildet werden, die sich mit den wirtschaftlichen, finanziellen und Verkehrsfragen befassen und alsbald ihre Beratungen im Auswärtigen Amt und im Verkehrsministerium beginnen werden.

Sowjetrußlands Pläne.

DE. meldet: Nach der Ankunft Krassins werden bis zur Abreise der russischen Delegation Verhandlungen mit der deutschen Regierung gepflogen werden, wobei die Möglichkeit eines koordinierten Vorgehens in gewissen Fragen auf der Genuefer Konferenz erwogen werden soll; an diesen Verhandlungen sollen sich Vertreter der deutschen Großindustrie beteiligen. Die von der russischen Delegation mitgebrachten Materialien zerfallen in zwei Gruppen: 1. Material bezüglich der Reform verschiedener Gebiete der russischen Wirtschaft und des russischen Finanzwesens sowie 2. konkrete Konzeptionsentwürfe für verschiedene Länder unter verschiedenen formulierten Bedingungen.

Die Sowjetdelegation für Genua hatte bekanntlich während ihres Aufenthalts in Riga eine Zusammenkunft mit Vertretern Estlands, Lettlands und Polens. Auf dieser Konferenz wurde, wie jetzt bekannt wird, ein Protokoll unterzeichnet, das zwischen den Verhandlungsteilnehmern in gewissen Fragen wirtschaftlicher Natur ein Zusammengehen in Genua vorsieht. Wie aus der Meldung des DE. hervorgeht, scheint die Sowjetdelegation bemüht zu sein, zwischen Deutschland

und Sowjetrußland eine ähnliche Verabredung zustande zu bringen. Die Sowjetregierung unternimmt also den Versuch, den Gruppen der Entente, der Kleinen Entente und der neutralen Staaten eine Gruppe der valutaschwachen Länder anzureihen. Ob es der Sowjetregierung, wie verschiedentlich gemeldet wird, gelungen ist, von Polen und den baltischen Staaten eine de-jure-Anerkennung zu erlangen, mag dahingestellt bleiben. Sie würde damit in sehr geschickter Weise einen Teil dessen, was sie in Genua durchzusetzen hätte, voranzunehmen.

Von Interesse für die innere Entwicklung Rußlands ist die Meldung, daß Prof. Klutschnikow, früherer Minister der Koltschak-Regierung, der jetzt in der neuen Berliner russischen Tageszeitung „Nafamne“ für eine taktische Zusammenarbeit mit der Sowjetregierung eintritt, zum juristischen Beirat bei der russischen Genua-Delegation ernannt wurde. Das wäre, die Richtigkeit dieser Meldung vorausgesetzt, ein weiterer beachtenswerter Schritt auf dem Wege der Entpolitisierung Rußlands, wie sie Lenin erst wieder in seiner letzten Rede sehr scharf zum Ausdruck gebracht hat. Ist die Heranziehung der „Parteilosen“ zur verantwortlichen Arbeit in Sowjetrußland seit längerer Zeit üblich, so ist die verantwortliche Mitarbeit parteiloser Emigranten eine Neuerung, die man anerkennen sollte.

Die Sachlieferungen.

Die Reparationskommission hat gestern unter gewissen Vorbehalten ihre Zustimmung zu den bekannten drei Abkommen über die deutschen Sachlieferungen, sowie zu der Wiesbadener Regelung der Substitutionierungsfrage erteilt. In der von dem „Temps“ entnommenen Nachricht wird nochmals bemerkt, daß der belgische Delegierte Bemelmans wegen der Änderungen, die an dem von ihm abgeschlossenen Abkommen vorgenommen werden sollen, noch einmal mit der deutschen Regierung in Berlin verhandeln soll.

Neues Zeitungsverbot in Memel. Das französische Oberkommissariat hat für das Memelgebiet die Verbreitung der in Königsberg erscheinenden „Ostpreußischen Zeitung“ verboten.

Die Konferenz in Schweben.

Die Zweite Internationale und mit ihr die deutsche Sozialdemokratie hatte der Anregung der Wiener Arbeitsgemeinschaft, eine gemeinsame Tagung der drei Exekutiven zu veranstalten, nicht ohne Bedenken stattgegeben. Einigungsaktionen haben nur dort Aussicht auf Erfolg, wo sich nach vorübergehender Trennung schon wieder eine gewisse Annäherung der Auffassungen vollzogen hat, wo das aber nicht der Fall ist, da kann die Einigungsaktion kein anderes Ergebnis haben als ein noch schärferes Heraustrreten der vorhandenen Gegensätze.

Die meisten Sozialisten Europas, ob sie nun zur Zweiten Internationale oder zur Wiener Arbeitsgemeinschaft stehen, sehen in den Bolschewiki Leute, die durch ihre fehlerhaften Experimente in Rußland die Sache des Sozialismus aufs schwerste kompromittiert und die in Europa durch ihre Spaltungsarbeit nur der Reaktion und dem Kapitalismus Dienste geleistet haben. Die Sozialisten Europas hören den Schrei der verhungerten Millionen in Rußland, sie vernehmen die Klagen der stückigen Sozialdemokraten und Sozialrevolutionäre über die vollkommene Unterdrückung und grausame Mißhandlung, der in Rußland jede von der kommunistischen abweichende politische Meinung ausgeht ist.

Wenn Radel die Lage jener Unglücklichen mit der Behandlung vergleicht, der die Kommunisten hierzulande ausgeht sind, so ist das ein Fächerkunststück gewöhnlicher Art. Gewiß sind bei uns im Bürgerkrieg, den die Kommunisten provozierten, Scheußlichkeiten vorgekommen und haben auch in Zeiten des inneren Friedens Mißgriffe untergeordneter Behörden stattgefunden. Aber erstens hat die deutsche Sozialdemokratie solche Ausschreitungen stets getadelt und bekämpft, zweitens genießen die Kommunisten hierzulande ein Maß von Freiheit, das den russischen Flüchtlingen geradezu märchenhaft erscheint. Sie haben Pressefreiheit, Versammlungsfreiheit, Redefreiheit, sie sind in allen repräsentativen Körperschaften nach ihrer Stärke vertreten und führen dort weit über ihre Bedeutung hinaus das große Wort. Die Sozialdemokraten und Sozialrevolutionäre Rußlands würden ihre kühnsten Wünsche überflügelt sehen, wenn man ihnen in ihrem Vaterlande dasselbe Maß von Freiheit gewähren würde, das in Deutschland jedermann, auch ein überzeugter Kommunist, genießt.

Die Zerstörungsarbeit der Bolschewiki an der europäischen Arbeiterbewegung, der Koltschak-Georgiens, die Hilfsergie der barbarischer Mißhandlung ausgehenden russischen Sozialisten hatten die Zweite Internationale dazu veranlaßt, ihre Beteiligung an einem allgemeinen Kongreß von der Bedingung abhängig zu machen, daß mit diesen unhaltbaren Zuständen aufgeräumt wird. Das war der Wiener Arbeitsgemeinschaft seit Frankfurt a. M. wohlbekannt. Eine vorbereitende Arbeit zur Annäherung der Extreme hätte entweder von der Zweiten Internationale den Verzicht auf ihre Bedingung, oder von der Dritten deren Anerkennung erwirken müssen. Die Wiener Arbeitsgemeinschaft konnte von der Zweiten Internationale einen solchen Verzicht nicht verlangen, da sie den von dieser vertretenen Forderungen selber von innerstem Herzen zustimmt. Ob sie Veruche gemacht hat, von der Dritten Internationale eine Anerkennung der Bedingungen zu erreichen, ist uns nicht bekannt, daß aber in Moskau nicht die geringste Reigung besteht, den berechtigten Forderungen der Zweiten Internationale irgendwelches Entgegenkommen zu erweisen, hat die Rede Radel's am Sonntag gezeigt.

Die russische kommunistische Partei hat mit der Wahl dieses Unterhändlers keine glückliche Hand bewiesen, es sei denn, daß sie von Anfang an von dem Wunsch geleitet war, die Konferenz zu sprengen. Radel ist in der Arbeiterbewegung Europas, ganz besonders Deutschlands, zu gut bekannt, als daß man gerade ihn als Apostel einer höheren politischen Moral ertragen könnte. Und wenn die „rote Fahne“ von gestern abend ihr Spiel fortsetzt, wenn sie die gesamte Zweite Internationale, einschließlich der deutschen Sozialdemokratie, als Dienerin des Weltkapitalismus hinzustellen versucht, so bleiben solche Agitationskunststücke unter dem Niveau des ernstlich Dsfutierbaren. Radel spricht, trotz seines gefälschten Deutsch, eine Sprache, die den Arbeitern Europas unverständlich bleibt, denn die Arbeiter Europas sehen mit Genugtuung und Befriedigung den Wiederaufschluß gerade jener sozialistischen Parteien, die von der Elementargewalt des Weltkriegs auseinandergerissen und gegeneinandergeschleudert wurden; auf diesen Wiederaufschluß sehen sie ihre Hoffnung.

Radel hat mit seiner Herausforderung auch gegen die Interessen Sowjetrußlands gehandelt. Während Tschicherin bei Rathenau mit den Vertretern aller deutschen Parteien, einschließlich der Deutschnationalen, bei Tisch saß und lebenswürdige Reden wechselte, warf er den Arbeiterpartei Europas den Handfuß zu. Der Kontrast ist im höchsten Maße auffällig. Der Bolschewismus ist heute gegenüber dem europäischen Kapitalismus unendlich viel höflicher als gegenüber dem europäischen Sozialismus. Ein Abgefandter von Stinnes wird in Moskau von den Sowjet-

behörden durch ein Galadiner gefeiert, einer Persönlichkeit des internationalen Sozialismus aber vom Range Vanderweides darf ein Kadel seine Impertinenzen ins Gesicht schleudern.

Das Ganze ist eine Geschichte aus der verkehrten Welt. Denn der Bolschewismus kann den europäischen Arbeitern nichts bieten als eine fortgesetzt mit allen Kräften betriebene Schädigung ihrer Bewegung, Sowjetrußland hingegen kann auch jetzt, wo es sich so eng mit dem internationalen Kapital verbindet, die Hilfe der europäischen Arbeiterschaft nicht missen. Es kämpft um seine Anerkennung als gleichberechtigte Macht, es geht bei seiner neuesten kapitalistischen Durchdringung schweren Gefahren entgegen, die nur durch den internationalen Zusammenschluß der Arbeiter zu gemeinsamem Schutz beschworen werden können. Kadel's herausforderndes Auftreten liefert den Gegnern Rußlands auf der Konferenz von Genéva Wasser auf die Mühle, der Schluß liegt ja so unendlich nahe: Wenn die Bolschewiki selbst mit den sozialistischen Arbeiterparteien keine gemeinsame Basis finden können, wie wollen die Regierungen Europas zu den Sowjets Vertrauen haben?

Aus diesem Grunde bedauern wir den offensbaren Fehlschlag der Berliner Sozialistenkonferenz. Wir stehen gegen die Sowjets nicht im Angriff, was wir wollen ist nur, daß man nicht von Moskau aus die europäische Arbeiterbewegung zerlegt und korrumpiert und daß Rußland schrittweise zu einem etwas menschlicheren Regime übergeht, so daß man es als einen zivilisierten Staat betrachten kann. Was wir nicht wollen, das ist die Intervention, ist der gewalttätige Umsturz der russischen Machtverhältnisse, ist die Unterbindung des wirtschaftlichen Verkehrs zwischen Ost und West.

Unter Führung von Kadel opfert die Dritte Internationale die realen Interessen Sowjetrußlands dem völlig ausichtslosen Versuch, die Grundlagen der europäischen Arbeiterbewegung mit ihrem kommunistischen Sprengpulver zu zertrümmern. Die Zweite Internationale wird diesen Versuch abwehren, ohne sich dadurch von der geraden Linie ihrer Politik Rußland gegenüber abbringen zu lassen. Sie glaubt, in diesen Beziehungen zu den Parteien der Wiener Arbeitsgemeinschaft in keinem Gegensatz zu stehen.

Beil man Unmögliches nicht erreichen kann, darf man auf Mögliches nicht verzichten. London, Wien und Amsterdam, das heißt die beiden nichtbolschewistischen politischen Internationalen und die Gewerkschaftsinternationalen können durch rechtes Zusammenwirken eine europäische Macht werden, dazu brauchen sie Moskau nicht! Moskau muß erst begreifen, daß wir es weder zum Ankläger noch zum Führer der europäischen Arbeiterbewegung für berufen halten. Dann wird sich auch die Möglichkeit eines Zusammenarbeitens mit ihm ergeben. Einstweilen aber sollte es die Parole aller Arbeiter Europas sein, das „Maximum von Einigkeit“ zu erzielen, das ohne Moskau möglich ist.

Die für Montag vormittag 10 Uhr anberaumte Weiterberatung der Internationalen sozialistischen Konferenz wurde nach einem Beratungsantrag Macdonalds auf nachmittags 3 Uhr festgesetzt. Aber auch diese Konferenz mußte verschoben werden, da während der Beratungen zwischen der Zweiten Internationale und der Wiener Arbeitsgemeinschaft ein Brief der Vertretung des Exekutivkomitees der Moskauer Internationale abgegeben wurde, dessen Inhalt auf gemeinsamen Beschluß der beiden Internationalen zunächst beraten werden sollte. Der Brief besagte, daß sich die Vertreter Moskaus eingehend mit der am Sonntag geführten Aussprache beschäftigt haben und sich von einer Weiterführung der Diskussion keine Förderung versprechen können. Die beiden Exekutiven werden deshalb gefragt, ob sie bereit sind, auf einem Kongress, wie er von kommunistischer Seite vorgeschlagen wird, zu erscheinen oder welche weiteren Maßnahmen sie sonst beschließen.

Der Brief stand in einer gemeinsamen Nachmittagsitzung zwischen der Zweiten Internationale und der Wiener Arbeitsgemeinschaft zur Beratung. Gegen 5 Uhr nachmittags wurde die gemeinsame Sitzung ohne ein endgültiges Ergebnis aufgehoben, damit die Exekutiven Gelegenheit zur Einzelberatung erhielten.

Menschentiere.

Von Erna Büsing.

Graues Altertum. Die Zeit eines Menschen, der sein ganzes Leben hindurch in die Anbetung seines eigenen Namens verlinkt und sich ein Jahrtausende überdauerndes Grabmal bauen läßt, das als mächtiges Wahrzeichen in die Geschichte der Menschheit ragt.

In dieser Zeit ein einfacher Mensch. Der Typ so vieler. Er hat den Willen zur Arbeit, ist auf Seele gestimmt, möchte Ausdruck in das eigene Leben bringen. Aber er ist ein Nichts, so wenig wie das einzelne Sandkorn in Regensplend. Er ist ein beliebiges Etwas in des Herrschers Hand, nur ein Baustein zu dem in das All geschriebenen Namen des Pharaos, den die Welt im Echo nennt. Der einfache Mensch möchte auch sein Recht auf das Leben, auf Schönheit und Gefühl, doch danach baut die Macht die Schranke. Da nicht kein Jammern und kein Hoffen, selbst die Götter helfen nicht, denn der König, der ist Gott. Dem Menschenlein aus der Menge wird nicht einmal das Recht auf eine Seele zuerkannt. Drärend erbebt sich über allem seinen Aufwärtstenden die Einzelperson und zerbricht in ihrem Ich-Kult die Masse. Und die baut an der Pyramide. Schleppt Stein um Stein herbei in Sand und Sonne. Für sie gibt's Tag aus, Tag ein nichts als Sand und Sonne und die drohende Peitsche des Aufpassers.

Hochauf türmt sich, den Himmel stürmt die Pyramide — und irgendwo am Wege stirbt ein Menschentier.

Western. Die Zeit, von der leichtfertige Geschichtsschreiber zu berichten wissen, daß die dumpe Masse triumphiert habe und nur der Handarbeiter etwas gelte.

In dieser Zeit ein einfacher Mensch. Der Typ so vieler. Er hat zwei gesunde Arme und einen gefundenen Magen, für ihn ausreichende Begründung zum Recht auf Arbeit. Aber er ist schon so lange arbeitslos. Er sucht und wartet und sucht und hofft und sucht. Alles ist vergeblich, alles narret und äßt ihn. Mit Verlassenheit und in heimlicher Wut giert er nach Arbeit. Das Verlangen nach der seiner Befähigung entsprechenden Beschäftigung ist ein Recht, das mit jedem Menschen leben will. Doch für den jungen arbeitenden Mann reicht sich Enttäuschung an Enttäuschung, und diese erzeugen die Geringschätzung seiner selbst. Zum Erfolg gehört der Glaube an sich. Der ist ihm verloren gegangen. Kleinmüt drückt ihn nieder. Der ehrliche Arbeitswille pocht bescheiden an verfallene Türen.

Der Schieber aber nützt seine Zeit, verdient durch einen Federstrich Millionen — und irgendwo am Wege stirbt ein Menschentier.

Heute. Die Zeit, von der die saiten Anhänger der Tradition mit Seufzern sagen, daß die Frau die Familie zerstöre, weil sie in das Berufsleben geht.

In dieser Zeit ein alterndes Mädchen. Der Typ so vieler. Es wurde stets wohlbehütet im Elternhause geboren und für die Heirat erzogen. Nach dem Tode der Mutter führte es dem Vater den Haushalt und es heiratete nicht. Viel natürliches Empfinden wurde ihm aberzogen, es war eingesponnen in hundert oft und bitter verwünschte Kleinigkeiten. Das Leben lernte es nie kennen. Eine

Deutschnationale Mohrenwäsche.

Der Landtag beschäftigte sich gestern auf Anfragen von unabhängiger und deutschnationaler Seite hin mit dem Skandal in der Lichterfelder Kadettenanstalt. Nachdem der unabhängige Kleinspahn bei der Begründung der unabhängigen Anfrage geordert hatte, Lehrkörper und Verwaltung der Anstalt so zusammenzufügen, daß sie eine Erziehung zu freudiger, republikanischer Staatsgesinnung garantieren, unterzog sich der Deutschnationale Delze der schwierigen Aufgabe, an den Lichterfelder Jünglingen die Mohrenwäsche vorzunehmen. Man kennt ja die deutschnationale Methode, die gekränkte Leberwurst zu spielen. Bald ist es so ein sozialistischer Tölpel, der das Wort Korruption falsch versteht, bald ist es ein volksparteilicher Kultusminister, der aus dem lateinischen *vera* eine deutsche Hure macht. Kurz und gut, die Lichterfelder Heldensprößlinge mit dem Halenkreuz sind Anschuldschlamm, während der Kultusminister auf der Anklagebank sitzt.

Aber Herr Delze hatte die Rechnung ohne den Wirt gemacht. Aus dem Angeklagten wurde der Ankläger und die Szene wurde zum Tribunal, als Kultusminister Boelich das Wort ergriff. Er begnügte sich nicht damit, noch einmal den Fall auf das eingehendste klarzustellen, er riß der deutschnationalen Heldensippe den Schleier vom Gesicht und enthüllte sie als das, was sie sind: skrupellose Demagogen. Der Vorgang vom 16. Februar sei nur ein Glied in der Kette ähnlicher Vorgänge gewesen. Er habe als Kultusminister nur seine Pflicht getan, wenn er hier eine Säuberung vorgenommen habe. In Zukunft sollte die Anstalt für die Kinder der im Kriege Gefallenen und der Auslandsdeutschen, sowie für intelligente Knaben aus der Arbeiterschaft bestimmt werden.

In der Besprechung unterstrich als Vertreterin der Sozialdemokratie Frau Abg. Dr. Wegscheider in eindrucksvoller Rede die Ausführungen des Kultusministers. Die Kadettenanstalten, so führte sie aus, mühten zu Aufbau- und Versuchsschulen ausgebaut werden. In diese Schulen gehören in erster Linie Arbeiterkinder. Erst wenn mit der Errichtung der Gemeinschafts- und Versuchsschulen begonnen werde, erst wenn den Schulpflichtigen der Sozialdemokratie Behör geschenkt werde, könne die Sozialdemokratie die Schulpolitik des Kultusministeriums ganz billigen. Während der Zentrumsredner sich der Kritik der Sozialdemokraten und des Kultusministers angeschlossen, blieb als Vertreter der Volkspartei der Abg. Buchhorn auf halbem Wege stehen. Er rupfte zwar seinem nach rechts schielenden Parteiorgan, der „Tägl. Rundschau“, gehörig die Federn, fand aber auch in der Suppe, die ihm sein Parteifreund Boelich vorgefetzt hatte, ein Haar und setzte sich im übrigen in den Schaukelstuhl, der der Lieblingsaufenthalt der Deutschen Volkspartei geworden zu sein scheint. An dem Endresultat, einer gewaltigen Blamage jener Kreise, die die Worte deutsch und national in Erbpocht genommen zu haben glauben, konnte der Deutschnationale von Lindener nichts mehr ändern, der die auf die deutschnationale Theatertrümpfung niedergehenden Hiebe mit stumpfem Schwert aufzufangen bemüht war.

Dienstag, 12 Uhr, Fortsetzung der Besprechung der Großen Anfragen, Besitztsetat, Domänenetat.

Schluß 5 Uhr.

Das Großkraftwerk Hannover.

Die Vorlage der Preussischen Regierung über den Bau eines Großkraftwerks in Hannover ist vom Staatsrat an die Regierung zurückverwiesen worden, und es ist anzunehmen, daß der Landtag demnächst wieder sich damit zu beschäftigen haben wird. Es handelt sich um das Projekt, mit einem Großkraftwerk den Schlußstein zu dem großzügigen Stromversorgungsplan zu legen, der von der Mündung der Weser bis zum Main reicht und dieses ganze Gebiet durch ein geschlossenes System von

staatlichen Wasser- und Dampfstromwerken mit elektrischer Energie versorgen sollte. Der Bau des längst geplanten Wertes mußte wegen des Krieges und seinen Folgen hinausgeschoben werden. Um ihn jedoch gleichwohl zu fördern, trat man bereits mit den braunschweigischen Kohlenbergwerken in Verhandlungen, um einen Stromlieferungsvertrag zu erzielen, und man wollte eine Aktiengesellschaft unter Beteiligung des Staates Braunschweig und des Elektrizitätswerkes Sachsen-Anhalt gründen.

Dieser Plan wurde durchkreuzt durch den Stinneskonzern Rhein-Elbe-Union, der die Aktienmehrheit der braunschweigischen Kohlenbergwerke an sich brachte und den Kohlenlieferungsvertrag abzweckte. Jetzt sollte das Werk bei Hannover errichtet werden. Inzwischen aber hat die Weserhütte mit der Straßenbahn Hannover eine Interessengemeinschaft gebildet. Dadurch sollte die Straßenbahn Hannover elektrischen Strom erhalten, der mit Hilfe der Abgase des Hüttenwerkes, also ohne besonderen Kohlenverbrauch, erzeugt wird. Die Straßenbahn Hannover hat sich damit in der Hauptsache vom Privatkapital abhängig gemacht, denn das Reich ist an der Weserhütte nur zu einem kleinen Teil beteiligt. Das große Projekt aber des staatlichen Stromversorgungssystems würde durch die Werttreibereien des Privatkapitals ernstlich gefährdet, wenn es nicht gelingt, eine neue Grundlage für dieses Unternehmen zu finden. Um die Dringlichkeit dieser Forderung zu betonen, braucht es nicht vieler Worte. Es sei nur darauf hingewiesen, daß alle Sozialisierungsbestrebungen in der Elektrizitätswirtschaft eine Halbheit bleiben müssen, wenn immer weitere Gebiete der zentralen Stromversorgung privatkapitalistischen Interessen preisgegeben werden.

Die Entpolitisierung der Kreisblätter.

Der Redakteur eines Kreisblattes schreibt uns:

Seit etwa drei Jahren werden Verhandlungen geführt. Nach neueren Mitteilungen sollen die Verhandlungen im Ministerium des Innern in Berlin über die Entpolitisierung der Kreisblätter mit den betreffenden Interessentengruppen auf den toten Punkt gelangt sein. Ob dies an den unerfüllbaren Wünschen der Kreisblattverleger gelegen hat, läßt sich nicht feststellen. Nun ist es aber eine unbestreitbare Tatsache, daß weit über 90 Proz. der Kreisblätter nichts weniger als eine republikanische Politik treiben, vielmehr unter dem Deckmantel der Neutralität ausschließlich den rechtsgerichteten Interessen dienen. Ein derartiger Zustand kann auf die Dauer nicht aufrechterhalten bleiben, hier ist gründlicher Wandel dringend erforderlich. Kein Kreisblatt existiert wohl in Preußen, das nicht die „Deutschnationale Korrespondenz“ gratis und freisko zusetzt erhält und hieraus seine geistige Nahrung zieht. Selbst Berliner Matern-Institute mit Text aus den Büreaus der Rechtsparteien lassen ihre fertigen Matrizen den Kreisblattredaktionen zugehen, wodurch jenen die Arbeit sehr leicht gemacht wird. Vor allem ist das für die Kreisblattverleger ein billiges Vergnügen. Hier ist es Pflicht der republikanischen Regierung, einen Kegel vorzuschieben.

Der bekannte Volkswirtschaftler Prof. Dr. Bucher-Belaja hatte unlängst den Vorschlag gemacht, daß jede Gemeinde mit 2500 Einwohnern ein eigenes amtliches Anknüpfungsblatt haben müsse. Dieser Vorschlag dürfte wegen der Kostenfrage nicht durchführbar sein. Ein anderer Weg wäre gangbarer. Und zwar: Die meisten Kreise umfassen mindestens 50 Gemeinden, Amts- und Gutsbezirke, ein großer Teil sogar noch mehr. Bildet nun der Kreis einen Interessenverband zur Herausgabe eines Kreisblattes, dann wäre schon die Erfindungsmöglichkeit gegeben, ohne wesentliche Belastung des einzelnen Trägers. Das Blatt müßte im Verlag der Kreisverwaltung erscheinen.

Durch Jahresversammlungen der interessierten Gemeinden usw., Abkommen und Inserate wäre ein billiges Draan für alle amtlichen Veröffentlichungen geschaffen. Nach diesen Richtlinien müßte sich unbedingt die Kreisblattfrage regeln lassen. Damit wäre dem reinen Kreisblatt die Bahn gebahnt.

Die ungarischen Legationisten betrachten Karls erstgeborenen Sohn als den rechtmäßigen König von Ungarn. Er soll den Namen Otto II. führen. Die Vertretung seiner Rechte während der Minderjährigkeit soll seine Mutter übernehmen. Die ungarische Regierung betont demgegenüber, daß sie ihren Standpunkt in der Königsfrage nicht verändert habe und ohne Einwilligung der Entente keine Schritte unternehmen werde.

zurechtgebogene Moral wurde ihm portionsweise serviert und die Anstandslehre der heiligen Heberlieferungen vom guten Ton gabs als Nachtisch. Dann starb der Vater und es stand allein in der Welt. Es hatte Fingerfertigkeit und Farbensinn. Da schuf es laufend bunte Herrlichkeiten, lustige Fezzeiten und gebähtete Jäckchen. Als Abnehmer kamen nur erste Geschäfte in Betracht, und deren Einkäufer waren ganz auf konventionelle Höflichkeit und gute Garderobe eingestellt. Der Trägerin eines schädigen Kleides wurde sogleich preisbrüdernd erzählt, daß heutzutage so viele Damen aus Liebhaberei oder für ein kleines Taschengeld sich mit kunstgewerblichen Arbeiten beschäftigen. Das alternde Mädchen arbeitete und arbeitete, doch zum Lebensunterhalt langte es nicht.

Die vergangene Schöne hat glänzende Zeiten, sie läßt sich ein zuckersüßes Vählein teuer bezahlen, denn es gibt ja soviel reiche Progen und volutastreiche Ausländer — und irgendwo am Wege stirbt ein Menschentier.

„Der Schahgräber“ von Franz Schreker. Leidenschaftlich erregt nach zwei Akten, stumpf ergriffen nach dem Schlußbild, so dankte gestern das Premierenpublikum der Staatsoper Schreker für sein jüngstes Rahmenwerk. Diese musikalische Dichtung ist ein neuer Beweis für die Mittlerrolle, die Schreker zwischen alter großer Oper und Zukunftsmusik spielt. Er ist schon so sehr Köhner und Herrscher, daß Orchester- und Klangschönheiten wie selbstverständlich dem Ohr einengen. Doch welche tiefenbegabung gehörte dazu, welches poetische Erfüllungsein von Idee, Form, Vision, von Menschenheit und Schicksal, um diesen „Schahgräber“ zu komponieren. Das sollten sich alle die sagen, die das Problematische an Dichtung und Musik zu stark unterstreichen. Der starke Eindruck einer durchlebten, eigenartig schillernden, sehr geballten und erkulten Musikdichtung bleibt. — Die Aufführung stand unter einem hellen Stern. Bleich begeisterte sich an jeder Note der schmerzlichen Partitur und leuchtete meisterlich in ihre Klanggeheimnisse. Richards Bilder wurden bewundert und zum Teil bei aufgehendem Vorgang bejubelt. Vera Schwarz soll dieser Abend nicht vergessen sein. Eine große darstellerische Begabung wurde offenbar und die Stimme hatte schönste Sinnlichkeit, dämonische Härte, mädchenhafte Weichheit, sie war, reich an Liebe, bittend um Liebe, stolz und demütig, ein Sinnbild weiblicher Schwäche und weiblicher Größe. Neben ihr Henke, als weltweiter, gütiger Narr. Hutt ~~ist~~ in den letzten Akten frei in Spiel und Gesang. Braun und Scheidel vorzüglich in ihren baritonischen Partien. Es war alles auf den Brethern begeistert bei einer musikalischen Angelegenheit, deren Würdigkeit und Wahrheit, deren Klang und Schönheit, deren Fehler und Lücken noch beleuchtet werden müssen.

Peter Behrens zur Hochhausfrage. Die wirtschaftliche und konstruktive Aufgabe des Hochhauses ist oft erörtert worden, nicht minder aber verdient der Bau von Hochhäusern als Stadtbaukünstlerische Frage Beachtung. Hier greift Professor Peter Behrens in einem Aufsatz in der „Stadtbaukunst“ ein. Er fordert neben den bestehenden Gegeben, dem Furchtliniengesetz und der Stoffbauordnung, die in die Bebauungspläne einer Stadt eingetragen sind, ein Gesetz, das zwingt, Bebauungspläne für die ver-

tilfale Silhouette der Städte zu entwerfen und festzulegen, ehe mit dem willkürlichen Bau von Hochhäusern begonnen werden dürfte. Diese Pläne freilich müßten das Ergebnis reifer künstlerischer und praktischer Überlegung sein, ein Erfolg wahrhaft geistiger Gestaltens. Behrens sucht da auf seinen amerikanischen Erfahrungen. Wir sollten nicht mit den ersten Fehlern der dortigen Hochhäuser neu beginnen, nachdem Amerika alle Vorheiten längst überwunden hat. Man begann dort mit eigenmächtiger Gestaltung der einzelnen Hochhäuser als isolierte Körper ohne jeden Bezug zum Stadtbild. Daneben trifft man in New York zufällig entstandene Gruppierungen, die überhaupt erst ein künstlerisches Prinzip der Stadtbaukunst ahnen lassen. In manchen Stadtvierteln kam der Charakter der Stadt als eines großen, auf einem Grundplane modellierten Reliefs, das sich aus vielen Schichten aufbaut, zum Ausdruck. Häuserquartiere von gleicher, mäßiger Höhe sind da umfanden von höheren Gebäuden, so daß man den Eindruck hat, als ob die Dächer der Gebäude eine riesige Terrasse bilden, daß gemäßigtermaßen ein Platz in einer höheren Region schwebt. Die Wände dieser Platzillusion sehen aber wieder eine zweite höhere Terrasse fort, zwar in unregelmäßiger Form, aber wieder eingeschlossen oder wenigstens an den Ecken oder den Seiten gehalten von noch höheren Gebäuden. So entstehen über dem Straßenniveau und den niedrigen Häusern Raumwirkungen, die nicht wie unsere Marktplätze an die Trottoirante gebunden, sondern die bei ihrer großen Ausdehnung verschiedene Stadteile für das Auge zueinander in Beziehung bringen. Und gerade darin liegt die grandiose Gestaltungskraft des Hochhauses, daß es ermöglicht, über Straße und Markt hinaus die Stadt als ein großes zusammenhängendes Ganzes auch sinnlich wahrzunehmen. Ein Hochhaus kann die Einheit eines ganzen Stadtviertels zerstören, wenn es nicht dort steht, wo gerade das Herausheben einer energiegelassen Vertikale für das Stadtbild notwendig ist und wenn es auch in seiner Gliederung sich nicht der Nachbarschaft einfügt.

Völkerverkehrung und Lateinanerrecht. Der lateinische Auffass ist immer schon eine Jänbänur des Nationalismus und der Kriegsverherrlichung gewesen. Unter dem Deckmantel antiker Tugenden wurde alles als die wahre Humanität, die doch das höchste Ergebnis der antiken Kultur war, entwidelt. Den Preis aber hat ein republikanisches Berliner Gymnasium errungen, das sozusagen einen Leitartikel eines deutschnationalen Blattes zwölfjährigen Schülern als Ueberzeugungsaufgabe stellte.

Im Berliner Humboldt-Gymnasium ist vor mehreren Wochen den Quartanern von ihrem Lateinlehrer, Studienrat Dr. Regener, folgendes Stück zum Ueberlegen diktiert worden:

„Es wird in den Zeitungen berichtet, daß ein moderner französischer Staatsmann gesagt habe, die Deutschen mühten mit Döfzen verglichen werden, die gemästet und dann geschlachtet werden. Da wir aber wissen, von welcher Geistesverfassung unsere Nachbarn sind, so zweifeln wir nicht, daß uns diese ebenso dumme wie freche Rede mehr zum Ruhme als zur Schande erreicht. Die Franzosen nämlich sind durch die Ruhmsucht so verborben, daß sie jedes andere Volk für niedriger als sich halten, und alles tun, um es gleichsam mit Füßen zu treten. Sie scheinen nicht zu wissen, daß Gott diejenigen mit Blindheit strafft, die er verderben will. Da wir uns im Unglück befinden, hoffen wir, daß einst für uns auf Regen der

Mißbrauch der Kanzel.

Aus dem Westerwald wird uns geschrieben:

Vor einiger Zeit passierte es in Höhr-Grenzhausen (Westerwald), daß einem unserer dortigen Parteigenossen, der im Gemeindeparsament tätig war, das übliche kirchliche Zeremoniell bei seiner Beerdigung verweigert wurde, weil es tätiges Mitglied unserer Partei war. Darob entstand eine große Aufregung in dem Städtchen, die eine Massenversammlung der Einwohner zur Folge hatte, in der lebhaft gegen das Vorgehen der Kirchenbehörde und insbesondere des dortigen Pfarrers protestiert wurde.

Diesem Vorfall reißen sich nun weitere solche Uebergriffe würdig an, indem jetzt überall, wo eine Veranstaltung unserer Partei oder der freien Gewerkschaften stattfindet, von der Kanzel herab ein Rundschreiben des Bischofs verlesen wird, wonach die Zugehörigkeit zur Sozialdemokratischen Partei, das Halten unserer Presse, der Besuch einer unserer Versammlungen sowie in gleicher Weise auch der freien Gewerkschaften und besonders die Mitgliedschaft in denselben als Todsünde bezeichnet wird, die von der Kirche mit der Strafe der Exkommunikation, also der Verweigerung der Sakramente zu bestrafen ist.

Das wäre alles nur halb so schlimm, wenn nicht dieselbe Geistlichkeit bzw. dieselbe Kirche aus öffentlichen Mitteln, die von allen Steuerzahlern, also auch den Sozialdemokraten mit aufgebracht werden, Zuschüsse erhalte, die nach einer eben durch die Presse gehenden Notiz sogar auf Antrag des Zentrums und der Volkspartei im preussischen Landtag ganz bedeutend erhöht werden sollen.

Werden von der Exkommunikation übrigens auch diejenigen Zentrumsmitglieder betroffen, die sich im Reich, in Preußen und anderswo in einer Koalitionsregierung mit der Sozialdemokratie befinden?

Wir möchten zu dieser Zuschrift bemerken, daß bei solchen Vorkommnissen sich die Vertreter der kirchlichen Kreise nicht wundern dürfen, wenn die Massenflucht aus der Kirche immer kräftiger einsetzt und die Forderung nach restloser Trennung von Staat und Kirche, namentlich auch in finanziellen Dingen, immer stärker wird.

Sparsamkeitsmaßnahmen bei der Post.

Der Hauptausschuß des Reichstages begann gestern mit der Vereinfachung und Verbilligung der Post- und Telegraphenverwaltung. U. a. soll mit der Verminderung der Zahl der Oberpostdirektionen sofort begonnen werden. Eine Reihe von Stellen der Gruppen 6 bis 12 im Etat der Reichspostverwaltung soll wegfallen. Der Etatsposten, der die Hilfstätigkeiten durch beamtete Hilfskräfte enthält, wurde um 750 000 M. gekürzt. Im Etat der Betriebsverwaltung wurden von den Gruppen 10 bis 12 500 Stellen für künftighin gestrichen. Die gleiche Zahl Stellen wurde auch bei den Gehaltsgruppen 7 und 8 gestrichen, während bei den Gruppen 2 bis 6 insgesamt 5000 Stellen als künftighin wegfällig bezeichnet wurden. Von der Etatsposition der Betriebsverwaltung in Höhe von 71 Millionen Mark, welche die Hilfstätigkeiten durch beamtete Hilfskräfte betraf, wurden 50 Millionen Mark, von der Etatsposition, betr. Hilfstätigkeiten durch nicht beamtete Hilfskräfte in Höhe von 1088 Millionen Mark, 400 Millionen gestrichen.

Eine Entschlicung Steinkopf (Soz.), wonach die Durchführung der im Haushalt des Reichspostministeriums für 1922 vorgesehenen Stellenabminderung Verschiebenheiten in den Beförderungsverhältnissen, die zu unangenehmen für die Beamten des früheren Reichspostgebietes gegenüber den verbleibenden Beamten bestehen, nach Möglichkeit ausgeglichen werden sollen, wurde angenommen.

Ein republikanischer Jugend-Truhbund. Aus Wilhelmshaven wird uns geschrieben: Die deutschnationalen Jugenddemonstrationen haben die Jungsozialisten der Städte Wilhelmshaven und Rühringen und die demokratische Jugendvereinigung „Friedrich Raumann“ veranlaßt, sich zu einem Schutz- und Truhbund zusammenzuschließen. Die Aufgabe dieses Bundes soll sein, gegenüber den Provokationen und Verhöhnungen der Jugend der Rechtsparteien jederzeit wirkungsvoll in die Schranken treten zu können.

Sonnenschein folgt. Aber die Feinde werden an das Sprichwort erinnert werden, das uns warnt, übermütig zu sein: Glück und Glas, wie leicht zerbricht das!

Gegen diesen jugendverheerenden Unsinn sollten alle vernünftigen Eltern aus schärfster protestieren. Bei den deutschnational gesinnten Eltern freilich darf der Herr Studienrat des Beifalls gewiß sein. Er hat inzwischen die Anstalt verlassen, weil er in das Provinzialschul-Kollegium berufen worden ist. Ja, da gehört er hin — in dieses Sammelbecken von Schulreaktionären!

Gesamte Liturgie. In der protestantischen Kirche Saint Marcus in New York, die den Gläubigen bereits des öfteren ungewöhnliche Sensationen zu vermitteln bestrebt war, trat an gelegentlich der diesjährigen Feiern von Mariä Verkündigung im Rahmen der Gottesdienstes sechs Barfüßlerinnen auf die einen vom Rektor der Kirche als „eucharistischen Ritus“ angekündigten langsame Tanz ausführen. Von der Empore fielen dabei Strahlen blauen Lichts auf die Tänzerinnen, während die Kirche selbst im Halbdunkel blieb und zu beiden Seiten des Altars, vor dem die Mädchen tanzten, Weihrauchdämpfe aufstiegen. Die Tänzerinnen hatten unbedeckte Füße, die Beine waren aber mit unbedecktem, seidnen Stoff umhüllt. Der vorgeschriebene Tanz trägt den offiziellen Namen „Liturgischer Tanz der Verkündigung des Heils des Heils“, weil er durch ein Hochrelief Della Robbias, das die Kirche schmückt, angeregt worden ist. Auch im vorangehenden Jahre fand in derselben Kirche eine Tanzaufführung statt. Der Rektor mußte damals eine scharfe Kritik über sich ergehen lassen, gegen die er sich mit den Worten verteidigte: „Wenn Ihr nicht wißt, daß der Tanz auch religiöser Natur sein kann, so liegt die Schuld an Euch und nicht an mir. An dieser Verkennung ist nichts weiter als Eure mangelhafte Bildung schuld.“

Im Neuen Museum sind nun jetzt ab im ersten Stock die drei östlichen Eile, in denen ein großer Teil der Vorkammerung aufbewahrt ist, nebst dem anschließenden Apsidenraum für den allgemeinen Besuch geöffnet.

Die Galerie Goldschmidts-Werke. Schönberger Werks zeigt in ihrer April-Ausstellung neue Gemälde und Aquarelle von Anton S. Goldschmidts, sowie eine Anzahl Arbeiten von Karl Schmidt-Rottluff, die einen Überblick über die Entwicklung des Künstlers von 1909 bis 1921 geben.

Gegen die Gründung neuer Hochschulen. Im Hinblick auf den Eisenacher Plan, daß eine neue Hochschule für Technik und Wirtschaft zu begründen, haben jetzt der Verband der Deutschen Hochschulen und der Deutsche Verband Technisch-Wissenschaftlicher Vereine, dem u. a. der Bund deutscher Architekten, der Verein deutscher Ingenieure und der Verband deutscher Architekten und Ingenieure angeschlossen, gegen die Gründung neuer Hochschulen Stellung genommen. Beide Verbände verneinen die Bedürfnisse und heben hervor, daß heute alle verfügbaren Mittel zur Erhaltung des Bestehenden zu verwenden sind.

Eine Faktion zum Schutze geistiger Arbeiter im französischen Senat. Am Senat hat sich eine Faktion zum Schutze der geistigen Arbeiter gebildet. Sie hat beschlossen, ein gemeinsames Sekretariat mit der Faktion der Kammer zu haben. Grupp ist beauftragt worden, einen Föderationsvortrag, die Wahlen betreffend, vorzulegen, um den geistigen Arbeitern, dem Wunsch der Kammer entsprechend, die Vorrechte zu sichern, die den Verlegern, die Künstlichkeiten zu beruflichem Gebrauch nachgeben, zugestanden sind.

Die KPD. und ihre Geldgeber.

Aus einer absolut zuverlässigen und unanfechtbaren Quelle erfahren die P. P. R. folgende Mitteilungen:

Ueber die Schuld am Ofteraufstand 1921 ist im Laufe der Zeit völlige Klarheit geschaffen worden. Als Beitrag zur Schuldfrage ist interessant, daß Anfang 1921 Karl Radek als Vertreter der Moskauer Exekutive in Berlin weilte. Als er dorthin zurückkehrte, wurde er durch Bela Kun erseht. Die Moskauer Exekutive war aber besorgt, daß Bela Kun die deutschen Kommunisten zu Unbesonnenheiten verleiten könnte und verabredete deshalb mit dem Vorstand der kommunistischen Partei ein Chiffretelegramm, durch das diese die Abberufung Bela Kuns verlangen sollte, falls er zu unüberlegten Aktionen treibe. Bela Kun täuschte denn auch die Erwartungen nicht, aber statt gegen ihn aufzutreten und ihn zu befeitigen, hielt der damalige Vorsitzende der kommunistischen Partei, Brandler, die in der Öffentlichkeit schon mehrfach erwähnte Rede, in der er trügerische Konfidenz zwischen England, Amerika und Japan, zwischen Deutschland und Polen und zwischen noch anderen Ländern sowie neue revolutionäre Bewegungen als unmittelbar bevorstehend bezeichnete. Es ist jene Rede, von deren Urheber die aus der kommunistischen Partei ausgetretene Lenin-Gruppe wiederholt öffentlich gesagt hat, er gehöre sofort in eine Kastwasserheilanstalt. Unter dem Eindruck dieser Rede ist die Märzaktion beschlossen worden. Zu ihrer Durchführung wurden 25 Millionen Mark russische Unterstützungsgelder verausgabt. Auch sonst ist die kommunistische Partei in ihrem ganzen Aufbau und in allen ihren Aktionen durchaus von den russischen Geldmitteln abhängig.

Die deutsche kommunistische Partei hat von Sowjetrußland oder, was dasselbe ist, von der 3. Internationale im Jahre 1921 monatlich 5 Millionen Mark Beihilfe bekommen. Davon sind monatlich 400 000 M. zur Deckung des Defizits der „Roten Fahne“ aufgewandt worden. In der letzten Zeit ist die Summe dieser Unterstützungsgelder etwas geringer geworden; auch der Zuschuß der „Roten Fahne“ hat sich auf 300 000 M. monatlich verringert.

Sehr erhebliche Zuschüsse von Rußland hat ständig die Rätezentrale in der Münzstraße erhalten, auch zu der Zeit, da sie noch der U.S.P. angeschlossen war. Offiziell wurden die erforderlichen Geldmittel durch Sammlungen aufgebracht, die damals in der Zeit der Rätebegeisterung reichlich flossen. Aber bei dem außerordentlich großen Aufwand, den die Rätezentrale mit Angestellten und Sekretärinnen trieb, ist dadurch nur rund ein Drittel der Ausgaben gedeckt worden.

Unpolitische Reichswehr?

Der Reichswehrminister Gehler hat als sein Programm die „Entpolitisierung der Reichswehr“ angegeben. Wir haben von Anfang an darauf hingewiesen, daß diese Entpolitisierung praktisch nichts anderes bedeutet, als die Entfernung aller republikanisch gesinnten Elemente und die Schaffung einer einheitlich reaktionären Gesinnung durch das meist deutschnationalen, oder vielmehr deutschvölkisch orientierte Offizierskorps. Wie sehr unsere Befürchtung eingetroffen ist, das zeigt wieder einmal deutlich ein Artikel einer offiziellen Truppenzeitung. Es handelt sich um die vom Wehrkreismando II in Steinfurt herausgegebene „Wacht“, als deren Redakteur ein Herr Eberhard v. Herwarth zeichnet. In ihrer Nr. 11 vom 12. März bringt diese offizielle Truppenzeitung, nachdem sie für die monarchistischen Denkmäler der Kaiserstadt Berlin Reklame gemacht, den Geist des alten Fröh heraufbeschworen, den Besuch des Fredericus Rex empfohlen hat, folgenden Erguß:

„Diejenigen Literaten, die vom Schimpfen, Schmähnen und Hehen leben, haben seit dem Umsturz, der manchen von ihresgleichen an die Spitze des Staates gebracht, gute Zeit. Die neuen Mächthaber freilich dürfen sie nicht angreifen; die sind durch Maßnahmen „zum Schutze der Republik“ gefestigt. Ein um so dankbareres Feld der Betätigung für die berufsmäßigen Heher bieten die Führer Deutschlands im Weltkrieg. Unsere Heerführer und das gesamte Offizierskorps sind wehrlos, und indem man sie schmätzt, schmätzt man den immer noch lebendigen Geist der Wehrhaftigkeit und Vaterlandsliebe im deutschen Volk. Diesen Geist hassen sie, jene dunklen Herren meist östlicher Abkunft, wie Harden-Bittowski, Theobald Tiger-Luchelst, Johannes Fischer-Dombrowski, die Jacobsohn, Ruttner, Groß und alle die anderen, die im „Mf“, der „Weltbühne“, der „Freiheit“, aber ebenso auch im „Vorwärts“, im „Berliner Tageblatt“ und der „Frankfurter Zeitung“ sich an deutschen Männern wie Hindenburg und Ludendorff oder den Hohenzollern-Prinzen vergeissen. Wo? Sie wollen dem deutschen Volke die Führer vereteln, die es vielleicht doch nach aus seiner Erniedrigung erretten können.“

Als „unpolitisch“ wird derartige Ausführungen beim besten Willen niemand bezeichnen können. Aus jeder Zeile spricht der Haß gegen die Republik, der Haß gegen die jetzige Regierung, antisemitische Gesinnung, ein rein reaktionär und chauvinistisch aufgefaßter Nationalismus. Man vergleiche nur, wie auf der einen Seite die „neuen Mächthaber“, womit doch wohl unter anderem auch die Reichsregierung gemeint ist, in höhnischem Tone behandelt werden, während auf der anderen Seite die Hohenzollernprinzen als die Führer des deutschen Volkes und Retter aus der Not gepriesen werden. In diesem Geiste ist das ganze Blatt gehalten. Und all das nennt sich „Entpolitisierung“ der Reichswehr!

Anklagen gegen braunschweigische Minister. Im Landtagsgebäude in Braunschweig trat gestern vermittags der vom Landtage zur Untersuchung der Angriffe des früheren Ministerpräsidenten Sepp Deter gegen die Minister Junde, Grewetoch und Antrich eingesezte parlamentarische Untersuchungsausschuß zu seiner ersten Untersuchung zusammen. Wie die „Braunschweigische Landeszeitung“ meldet, gab Junde den Vorwurf, eine Veranlassungsnote nach der Sächsischen Schweiz gemacht zu haben, zu. Er erklärte, er habe dazu ohne Schädigung seines Dienstes einen freien Nachmittag benutzt. Auf die Berichtigungen, daß er und sein Sohn in Schierke gewesen seien, gab Minister Junde zu, das sei auf Einladung von Otto Dito geschehen. Eine Bezahlung dafür habe Otto Dito abgelehnt. Die Kosten für einen überfahrenen Hund seien nur vorläufig aus der Staatskasse gezahlt worden, nachher aber von ihm der Staatskasse wieder ersetzt worden, obwohl er keine Ursache dazu gehabt habe. Die Verhandlungen des Ausschusses werden in den nächsten Tagen fortgesetzt.

Schweizer Protest gegen französische Pläne. Eine Züricher Versammlung des Volksbundes für die Unabhängigkeit der Schweiz erklärte den Bau eines Seitenkanals auf der Rheinstraße Basel-Strasbourg zum Zwecke der Kraftgewinnung als eine Schädigung und Verletzung schweizerischer Interessen.

Die angeführten Summen beziehen sich lediglich auf die Beträge, welche die deutsche kommunistische Partei direkt erhalten hat. Außerdem unterhält aber Moskau über die 3. Internationale in Berlin das Westeuropäische Sekretariat, dem z. B. auch die beiden kommunistischen Verlage von Frank in Leipzig und Hoym in Hamburg unterstellt sind. Auch dieses Sekretariat gibt ungeheure Summen aus; so hat z. B. der Fränkische Verlag im Jahre 1921 einen Zuschuß von etwas über 30 Millionen erfordert. Diese großen Zuschüsse ermöglichen die ausgedehnte Reklame für die kommunistische Literatur und ihre unvergleichlich billigen Preise.

In den Jahren 1919 und 1920 hat Rußland die Mittel für die Unterstützung des Kommunismus in Deutschland hauptsächlich in der Form von Perlen und Diamanten

herübergeschickt. Gegenwärtig werden die Hilfsgeber meist in Dollar und anderen ausländischen Wäluen bezahlt. Aber jedenfalls wandert noch um jeden Monatsersten herum der berühmte russische Koffer unter der Oberleitung des kommunistischen Landtagsabgeordneten Piel mit den nötigen Sicherungsmöglichkeiten nach der Hofenthaler Straße, um dort bei der kommunistischen Zentrale die russischen Gelder abzuliefern. Von den Perlen und Diamanten sind große Beträge angeht und zum Teil vielleicht wirklich durch die Kontrolle beim Grenzübertritt verloren gegangen. Aber eine geordnete Kassenführung und Kontrolle besteht auch jetzt in keiner Weise. Von dem kommunistischen Hauptkassierer Frassat lagen seine „Freunde“ ganz öffentlich, er müsse ein reicher Mann geworden sein, wenn er nicht wahnsinniger Verschwender sei. Die unkontrollierte Kassenführung ist allerdings eine kommunistische Tradition, die bis in die Zeiten des Spartakusbundes zurückgreift.

Zur Information für die „Rote Fahne“ möchten wir hinzufügen, daß diese Mitteilungen keine „Reichsmannschen Spitzelberichte“ sind, sondern von einer Persönlichkeit stammen, die gut unterrichtet sein muß und unbedingt zuverlässig ist.

Eine Korrespondenz teilt mit, daß das in Berlin erscheinende bolschewistische Blatt „Nowij Mir“ (Der neue Morgen) vom heutigen Tage ab nicht mehr erscheint. Die Ursachen des Eingehens des sowjetrussischen Organs, das auch von der Berliner Sowjetvertretung materiell laufend unterstützt wurde, sei in der Laune zu suchen, daß die Sowjetregierung dieser Zeitung sowie einer ganzen Anzahl im Reich erscheinenden deutschen kommunistischen Zeitungen die bisherigen Unterstützungen entzogen habe.

Der Boß als Gärtner.

In den zweieinhalb Monaten seiner bisherigen Regierungstätigkeit hat Ministerpräsident Poincaré etwa viermal nacheinander mitteilen und dementieren lassen, daß er in Genava persönlich erscheinen würde. Die letzten Redungen besagen indessen, daß er jedenfalls nicht zu Beginn der Konferenz in Genava anwesend sein würde, daß er sich jedoch vorbehalten, am Schluß der Tagung allerhöchst persönlich aufzutreten.

Die Frage der Führung der französischen Delegation hat nun in den letzten Tagen den Pariser Regierungskreisen schwere Kopfschmerzen verursacht. Poincaré war zuerst an Viviani herangetreten, der nach Briands Rückkehr aus Washington die Führung der französischen Delegation auf der Abrüstungskonferenz übernommen hatte, stieß aber sofort auf entschiedene Ablehnung. Denn Viviani, der noch immer verhältnismäßig stark links gerichtet ist, hat in Washington aus eigener Anschauung erfahren, daß man in den übrigen Entente-Ländern der Politik Frankreichs wenig Verständnis entgegenbringt; daß sich nun diese Sympathien mit dem Reglerungswechsel Briand-Poincaré nicht gerade erhöht hat, wird sich der kluge Viviani wohl gesagt haben, als er aus „persönlichen Gründen“ das Poincarésche Angebot ablehnte.

Nun wurde der Finanzminister de La Sarré angegangen, doch auch er drückte sich vor dem heißen Auftrag. So ist Poincaré auf den geradezu grotesken Gedanken gekommen, seinen Freund, den Justizminister Louis Barthou, mit der Führung der französischen Delegation zu betrauen.

Dieser kleine, rabiate Mann hat stets, und zwar schon lange vor dem Kriege, jene hypernationalistische Weltanschauung vertreten, die ihn geradezu als den ungeheuersten Mann für eine Konferenz wie die von Genava erscheinen läßt.

War sein Ton gegenüber Deutschland schon vor dem Weltkrieg stets herausfordernd gewesen, so klangen nach Kriegsausbruch seine Redegeresse keine Grenze mehr. So legte er lange nach Abschluß des Waffenstillstandes in einer Rede feierlich das Gelöbniß ab, niemals seine Hand in die eines Deutschen zu legen. Dabei kann er nicht einmal die psychologischen Entscheidungsgründe für sich in Anspruch nehmen, die das Denken und Werden eines Poincaré begreiflich erscheinen lassen. Letzterer, ein Lothringer von Geburt, aufgewachsen in den Erinnerungen an die Invasion von 1870/71, erzogen in dem Schmerz um die entrissenen Teile der engeren Heimat, ist in dem bürgerlichen Frankreich eine durchaus logische Erscheinung, die man unter Umständen verstehen kann. Barthou dagegen, der in den Pyrenäen, hart an der spanischen Grenze, geboren und aufgewachsen ist, ist der Typus des demagogischen Radaunationalisten, bei dem Revanchepöbel und Deutschenhaß rein künstliche Mache waren.

Das ist der Mann, der das Frankreich Poincarés, das Frankreich des „Nationalen Blocks“, auf einer Konferenz vertreten wird, die dem Zwecke dienen soll, Europa durch solidarische Anstrengungen aller verfühlich und realpolitisch eingestellten Kräfte wieder aufzubauen und einer besseren Zukunft entgegenzuführen.

Der Maiausruf der schwedischen Sozialisten.

Stockholm, 2. April. (W.B.) In dem Aufruf der Sozialdemokratischen Partei für die Waiseier wird u. a. gesagt, die herrschende Krise sei eine Folge des Weltkrieges und der absurden in den Friedensverträgen begründeten Wirtschaftspolitik. Das Lebensinteresse der Arbeitermassen verlange, daß die internationale Politik des gegenseitigen Mißtrauens, der Rachsucht und der Bedrückung, die so furchtbare Spuren in der Entwicklung der letzten Jahre hinterlassen hat, ersetzt werde durch eine Politik der Zusammenarbeit und Verständigung, deren erstes Ziel die Befreiung des deutschen Volkes vom Sklaven dienst unter den Siegermächten und der Einleitung normaler Verbindungen mit Rußland sein müsse.

Gewerkschaftsbewegung

16. Ausschusssitzung des ADGB.

Zu Beginn der am 28. und 29. März abgehaltenen Tagung gedachte der Bundesvorsitzende Genosse Leipzig zunächst mit ehrenwerten Worten der seit der letzten Tagung verstorbenen Verbandsmitglieder Adam Drunzel (Häpfer), Robert Zeiske (Gastwirtsgehilfen) und Fritz Siefert (Hutarbeiter), sowie der früheren Verbandsvorsitzenden und Teilnehmer an den Vorstandskonferenzen Friedrich Bischoff (Kupferschmied) und Johann Siebert (Schuhmacher).

Der Geschäfts- und Kassenbericht lag in Form einer 56 Seiten starken Druckchrift vor und wurde vom Genossen Leipzig noch mündlich ergänzt. Redner wies unter anderem auf die bevorstehende Konferenz von Genava hin und empfahl, sich keine großen Hoffnungen über deren Erfolg zu machen. Trotz der steigenden Teuerung versuchten die Unternehmer in verschiedenen Ländern, die Arbeitsbedingungen zu verschlechtern. Wir kämen allmählich in eine Periode der Abwechslung.

Die Gewerkschaften mühten ihr finanzielles Rüstzeug rechtzeitig zu stärken. Nicht alle Verbände hätten in bezug auf die Erhöhung der Beiträge die Zeit richtig ausgenutzt. Auch die Liquidation dürfe nicht erlahmen; einem Mitgliederverlust mühten die Gewerkschaften entgegenzuwirken.

Der Bericht aus dem Ausschuss zu wesentlichen Beanstandungen keinen Anlaß. Nichtsdestoweniger entspann sich eine lebhaftere Aussprache, hauptsächlich über verschiedene bevorstehende Aufgaben des ADGB. Die Aussprache drehte sich vornehmlich um Bildungsfragen, Reiseleiter, Schlichtungsordnung, Reparationsfrage, Nichtstundenlohn. Zu letzterem wurde die im „Vorwärts“ Nr. 151 veröffentlichte Entscheidung gefasst. — Die

Massenauspeerrung in Dänemark
veranlaßte den Ausschuss ebenfalls zur Stellungnahme. Einmütig war er der Auffassung, daß den dänischen Arbeitern jede mäßige Hilfe geleistet werden müsse. Das hätten sie allein schon durch ihre feste, auch durch die Tat bewiesene treue gewerkschaftliche Bundesgenossenschaft verdient. Auch Geldhilfe soll den dänischen Kämpfern gemährt werden, abseits dies durch die Entwertung der deutschen Mark sehr erleichtert wird. Der Ausschuss beschloß, daß die Gewerkschaften zu diesem Zweck für jedes männliche Mitglied 5 Mark und für jedes weibliche 3 Mark an die Bundesstelle abzuführen haben und daß der Betrag den dänischen Gewerkschaften zu übermitteln sei.

Für den bevorstehenden Gewerkschaftskongreß hatte der Bundesvorstand Anträge zur

Änderung der Bundesstatuten
ausgearbeitet, die er dem Ausschuss unterbreitete. Einen Teil der Entwürfe hiß der Ausschuss gut, während ein anderer Teil zurückgestellt wurde.

Auch beschäftigte sich der Ausschuss mit den vielfachen Wünschen nach einem einheitlichen Mitgliedsbuch. Es soll ein Muster ausgearbeitet werden, dessen Einführung sich für solche Verbände empfiehlt, die das Bedürfnis nach einem einheitlichen Mitgliedsbuch bezeugen. Die Einführung von Mitgliedsarten für neu eintretende Mitglieder wird sich leichter durchführen lassen. Besteht ein Mitglied aus schon einseitige Beitrittsurkunde einführen. Ebenfalls soll eine Musterfassung ausgearbeitet werden, um eine allmähliche Vereinigung der Gewerkschaften anzubahnen.

Da der Ausschuss bei einer früheren Tagung gewünscht hatte, daß das Haus des Bundesvorstandes

im Innern Berlins errichtet werde, hatte der Bundesvorstand in der Zwischenzeit sich darum bemüht. Es war jedoch nicht möglich, ein gleich bezugsbares Haus zu kaufen. Infolgedessen war er gezwungen, einen Populoh an günstiger lokaler Stelle zu erwerben, um dort ein Haus zu bauen. Der Ausschuss stimmte diesen Maßnahmen gegen eine Stimme zu.

Wahlkämpfe, die sich bei früheren Streiks gezeigt hatten, an denen mehrere Gewerkschaften beteiligt waren, hatten zu Beschwerden einiger Verbände geführt. Der Ausschuss hatte schon früher eine Kommission gewählt, die Regeln für die

Führung und Unterstützung von Streiks
ausarbeiten sollte, die dem Gewerkschaftskongreß zu unterbreiten und sodann den Verbandstagen der einzelnen Gewerkschaften zur Annahme zu empfehlen seien. Entsprechend der Bedeutung der Sache entspann sich eine sehr lebhaftere Aussprache, die in mehreren Punkten Klärung brachte. Da in anderen Punkten Meinungsverschiedenheiten zutage traten und die Sache gründliche Bearbeitung erforderte, wurde sie zurückgestellt. Die Gewerkschaftsvorstände sollen bis zum 15. April ihre Änderungsvorschläge einreichen; sodann soll die Kommission die Vorlage überarbeiten und der Ausschuss am 2. Mai nochmals dazu Stellung nehmen, damit die Vorlage noch früh genug vor Stattfinden des Gewerkschaftskongresses veröffentlicht werden kann.

Eine Fälschung der „Roten Gewerkschaftsinternationale“.

In der Februar-März-Nummer der Zeitschrift des norwegischen Eisen- und Metallarbeiterverbandes enthält das Verbandsmitglied Halfdan Jönsson ein Stück aus der Praxis der „Roten Gewerkschaftsinternationale“, das von neuem beweist, wie strupellos deren Führer vorgehen. Jönsson war einer der Norweger, die im Sommer 1921 zum 1. Kongreß der „Roten Gewerkschaftsinternationale“ nach Moskau entsandt wurden. Er und noch ein anderer der norwegischen Gewerkschaftsmitglieder konnten es jedoch nicht über sich gewinnen, sich mit allem einverstanden zu erklären, was dort beschlossen wurde, und die beiden stimmten bei einem Teil der dort gefassten Beschlüsse dagegen. Um jedoch den Streit über Amsterdam und Moskau nicht noch zu verschärfen, unterließ Jönsson es, sich zu der Sache öffentlich zu äußern.

Einige Tage nach seiner Ankunft in Kristiania empfing Jönsson jedoch durch „Det socialdemokratiske Pressekontor“ einen von der Russischen Telegraphenagentur (Koska) verbreiteten Aufruf „an die Metallarbeiter der ganzen Welt“. Dieser Aufruf war datiert vom 31. Dult, also einen Tag später, als Jönsson ihn empfing und unterzeichnet von einer Anzahl Metallarbeitervertretern aus verschiedenen Ländern. Der „im Namen der revolutionären Organisationen und Gruppen der ganzen Welt“ verbreitete Aufruf enthielt in seinem ersten Teil die bekannten Beschimpfungen, die sich diesmal gegen die „gelbe“ Metallarbeiterinternationale richteten, und die Aufforderung, die alten Ideen, die antiquierten Organisationsformen und Kampfmethoden abzuschütten und dieses letzte Hindernis für die Befreiung der Arbeiterklasse zu zerstören. Die Aufforderung zum „Kampfe für die Diktatur des Proletariats, um die Produktionsmittel zu erobern und sozialistische Arbeiterräte zu organisieren“, fehlt natürlich auch nicht. In dem Aufrufe heißt es dann weiter:

„Um diese Arbeit zu fördern, haben wir Delegierten ganzer Organisationen der Metallarbeiter wie der revolutionären Minderheit der Metallarbeiter in verschiedenen Ländern, die zum ersten Kongreß der roten Gewerkschaftsinternationale versammelt sind, beschlossen, einen internationalen Ausschuss zur Aufklärungs- und Organisationsarbeit zu errichten.“

Während wir im alten Internationalen Metallarbeiterverband verbleiben, übernehmen wir gleichzeitig folgende Aufgaben:

1. Eine einseitige Kampagne gegen die Idee des Zusammenwirkens der Klassen.

2. Propaganda für die Notwendigkeit des revolutionären Kampfes und die Diktatur des Proletariats, indem diese Propaganda in Verbindung mit jeder wirtschaftlichen Aktion der Metallarbeiter betrieben wird.

3. Mitwirken, um in den Organisationen der Metallarbeiter die Revolution zu fördern.“

Dieser Aufruf trägt Unterschriften aus verschiedenen Ländern. Für Deutschland unterzeichnete unter anderem Richard Müller (Gelsenkirchener) und für Norwegen ist Jönsson als Unterzeichner aufgeführt. Letzterer erklärt dazu folgendes:

„Da ich während meines kürzlichen Aufenthalts in Moskau weder an einer Zusammenkunft mit den Vertretern teilnahm, die den Aufruf unterzeichneten, noch einen Aufruf irgendwelcher Art in dieser Zeit unterzeichnete, so war es offenbar, daß hier eine bewusste Fälschung und ein Mißbrauch der Namen von Vertretern vorlag. Als ich den Aufruf erhielt, setzte ich sofort den betreffenden Funktionär des Pressekontors davon in Kenntnis, daß ich, wenn er in der Presse erscheinen werde, den wahren Sachverhalt über meine Unterschrift veröffentlichen möchte. Ich habe dann nicht gesehen, daß der Aufruf in der einheimischen Parteipresse veröffentlicht worden ist. Dagegen ist er in der kommunikativen Presse einer Reihe anderer Länder, wie Schweden, Deutschland und der Schweiz, bekannt geworden.“

Am folgenden Tag veröffentlichte der Genosse Jönsson den Wortlaut eines Briefes an den Genossen Sig in Bern, den Sekretär des Internationalen Metallarbeiterverbandes, worin er den Sachverhalt darstellte. Ferner macht er noch darauf aufmerksam, daß der „Aufruf“ noch die Unterschrift von Hampel als eines Vertreters der Tischschloßwerkzeuge trägt. Ein Metallarbeitervertreter namens Hampel sei aber gar nicht auf dem Kongreß in Moskau gewesen, wohl aber ein Vertreter der Transportarbeiter, und es sei ja möglich, daß dieser den Aufruf unterschrieben habe. Genosse Jönsson schließt seine Veröffentlichung folgendermaßen ab:

„Es ist nicht meine Absicht, die Anhänger der gewerkschaftlichen Abteilung der Kommunistischen Internationale daran zu hindern, für ihre Ziele zu arbeiten; jeder ehrliche Mensch muß jedoch fordern, daß man nicht zu offener Fälschung und Schwindel greife, um seine Ziele zu fördern.“

Ein Tarifstreit in der Metallindustrie.

In einer außerordentlichen Versammlung der Metallarbeiter und -polierer am Sonntag im Gewerkschaftshaus wurde vom Branchenvertreter Gohl über die mit dem BMM. gepflogenen Verhandlungen zur Beflegung der Differenzen im Betriebe der Firma Israel berichtet.

Die im Betriebe dieser Firma beschäftigten Metallarbeiter haben eine Lohnerhöhung gefordert, die über die Tarifhöhe hinausgeht. Die Firma weigert sich, dieser Forderung nachzukommen. Darauf nahmen die Arbeiter ihre Entlassung, weil sie in anderen Betrieben günstiger Arbeitsbedingungen erlangen konnten. Die Firma verlangt nun, daß die Arbeiter die Arbeit zu den tariflichen Bedingungen wieder aufnehmen, und erklärt, daß sie ohne die von den Arbeitern zu leistenden Arbeiten auch ihre anderen Arbeiter nicht mehr beschäftigen könne, sondern diese entl. entlassen und den Betrieb schließen müsse. Sie ist deshalb bei dem BMM. vorstellig geworden.

Auf Veranlassung des BMM. wurde über die Angelegenheit verhandelt, doch kam es zu keiner Verständigung. Die Arbeiter sind größtenteils schon in anderen Betrieben beschäftigt und auf dem Arbeitsmarkt herrscht rege Nachfrage nach Arbeitern. Die Metallindustriellen drohen mit Maßnahmen, wenn eine Beflegung der Differenzen nicht erzielt werde. Es ist auch an den Arbeitsnachweis die Beflegung ergangen, den von Israel kommenden Arbeitern keine Arbeit zu vermitteln.

Zippel, der die Verhandlungen mit dem BMM. geführt hat, ging in seinen Ausführungen hauptsächlich auf die prinzipielle Seite der Angelegenheit ein. Grundsätzlich schiebe der Verband dahin, die unteren Lohnklassen möglichst an die höheren Klassen heranzuführen, die Abstufungen zu verringern und auch den unteren Gruppen mindestens das Existenzminimum zu sichern. Den Verband könne kein Vorwurf treffen, wenn er bemüht sei, auf die Innehaltung des Tarifes zu halten. In diesem Sinne müßte er auch weiter im Sinne der ganzen Kollektivität zu wirken suchen. — Die Arbeitgeber haben erklärt, daß sie die festgelegten Löhne nicht als Mindest-, auch nicht als Höchstlöhne, sondern als Tariflöhne betrachten.

Von mehreren Diskussionsrednern wurde hervorgehoben, daß keine Absicht vorliege, die Firma zu sperren. Der Beruf des Metallarbeiters sei schwer, und bei dem heutigen Kampf um die nackte Existenz könne man doch nicht nach unten revidieren.

Folgende Resolution wurde einstimmig angenommen: „Wenn die heutige Besetzung von der Isroverwaltung zu dem Zweck einberufen worden ist, auf die Drücker der Firma Israel einen Druck auszuüben, so lehnen wir dies ab. Die Freiheit muß ihnen bleiben, durch Veränderung der Arbeitsstelle ihre Lebenslage zu verbessern. Wir behauern das Vergehen der Firma den übrigen Kollegen gegenüber, können aber den Betrieb nicht befehlen, weil fast alle Drücker bereits in Arbeit sind und des Rest es ablieht, wieder bei der Firma einzutreten.“

Hohe Fleischpreise und niedrige Löhne.

Die Gesellen im Lebensmittelgewerbe Berlins beziehen seit 1. Januar Löhne von 320, 420 resp. 470 M. pro Woche, je nach der Stellung des Gesellen im Betriebe, während Verkäuferinnen mit Gehältern von 900 bis höchstens 1450 M. monatlich bezahlet werden. Zu den Lohnforderungen, die nun gestellt wurden, erklärten die Arbeitgeber sich nach schwierigen Verhandlungen bereit, die genannten Löhne und Gehälter um 30 Proz. aufzubessern. Dieses Angebot wurde von den Gesellen und Verkäuferinnen als zu niedrig abgelehnt.

Der Schlichtungsausschuß Groß-Berlin versuchte eine Einigung herbeizuführen, leider vergeblich. Es ruhte ein Schiedsspruch gefaßt werden, der alle Löhne um 40 Proz. erhöhte.

Den Herren Fleischern meistern sind aber Löhne für Gesellen von 448 bis 658 M. pro Woche und für Verkäuferinnen von 1360 bis 1900 M. pro Monat zu hoch. Sie lehnten in ihrer Versammlung den Schiedsspruch ab. Zu dieser Ablehnung nahmen die Gesellen und Verkäuferinnen in einer äußerst stark besuchten Versammlung in Böders Festhalten Stellung. Nachdem Gaebler und Fritz Bericht erstattet hatten, setzte eine starke und lebhaftere Diskussion ein, die das Verhalten der Arbeitgeber sehr scharf geißelte. Es kam zum Ausdruck, daß die Herren sehr eifrig auf ihren eigenen Profit bedacht sind, sich aber den Teufel darum scheren, ob der Preis für Fleisch und Wurst hoch ist und mit den Einkaufspreisen im Einklang steht oder nicht. Der Gipfel der Unverschämtheit aber ist es, wenn die Fleischmeister den Lohn für Gesellen und Verkäuferinnen als Vorwand für die hohen Fleischpreise benutzen. Sie strafen sich selbst Löhnen, denn seit dem 1. Januar ist keinerlei Lohnerhöhung eingetreten und doch sind die Preise für das Fleisch und die Wurst seitdem um 80 bis 100 Proz. und darüber gestiegen.

Die Versammlung nahm den Schiedsspruch an und beauftragte die Verbandsleitung, für die Verbindlichkeits-erklärung deselben zu wirken. Außerdem aber, durch eigene Initiative die Herren Fleischmeister, korporativ oder einzeln, zur Anerkennung der vom Schlichtungsausschuß festgesetzten Löhne zu veranlassen.

Die Arbeiter Berlins aber möchten wir daran erinnern, daß es eine reaktionärere Schicht als die Fleischmeister im deutschen Volkstümper nicht gibt. Genau wie in anderen Industrien wird versucht, den Lohn des Arbeiters als Ursache der Teuerung auszugeben. Diese Taktik dürfte der Arbeiterklasse letzten Endes schon bekannt sein.

Die Fleischergesellen und Verkäuferinnen verlangen nicht mehr, als sie zum Leben und zur Erhaltung ihrer Arbeitskraft notwendig brauchen, und darauf haben sie Anspruch wie jeder Arbeiter.

Zentralverband der Zimmerer. Das letzte Lohnabkommen ist am 3. April vom Verband der Baugeschäfte angenommen worden. Somit tritt der Stundenlohn von 21 M. für das Lohngebiet Groß-Berlin ab 31. März in Kraft.

Aus Polen wird berichtet, daß der Streit in Posen endgültig beigelegt ist. — Die Zahl der Arbeitslosen ist seit Februar um 75 Proz. gefallen und beträgt 200 000. Die Regierung nahm in allen Verwaltungszweigen Beamtenentlassungen vor, so daß 25 000 Beamte entlassen wurden, wovon 12 000 bei der Bahn-, Post- und Telegraphenverwaltung. Man will dadurch monatlich 1 1/2 Milliarden Mark ersparen. — Der Militarismus kostet viel Geld.

Verband der Cutler, Tapetier. Die heutige Versammlung der Vertrauensleute der Tapetier ist in den Sophien-Sälen, Sophienstraße 17/18, am 5. Uhr, nicht im „Kranz“.

Verband der Buchbinder und Papiererarbeiten. Heute 5 Uhr im großen Saal des Gewerkschaftshaus, Engelstr. 29, große Mitgliederversammlung. Unser Verbandstag in Kassel. — Die Isroverwaltung.

Teutscher Transportarbeiterverband. Besprechungsausschuß: Mittwoch 8 Uhr im Lokal von Rogow, Bernauerstr. 13, Besprechung. Bericht von den letzten Verhandlungen. — Handelsarbeiter: Bericht von den letzten Verhandlungen.

Mittwoch 1/2 Uhr Gewerkschaftsversammlung bei Witte, Köpferstr. 29. — Handelsarbeiter aus allen Betrieben der Uniform- und Maßbranche: Mittwoch 8 Uhr Gewerkschaftsversammlung bei Witte, Köpferstr. 29.

Mittwoch 7 1/2 Uhr Versammlung im Gewerkschaftshaus, Engelstr. 29, Saal 5.

Verband der Holzarbeiter! Die Vertrauensmännerversammlung der Holz- und Klempnerarbeiten ist am Mittwoch um 7 Uhr bei Güllert, Gollnowstraße 13. — Die Besondereleitung.

Zentralverband der Augenheiler. Fachgruppe Papier, Graph. Gewerbe: Mittwoch 7 1/2 Uhr Mitgliederversammlung in der Reuen Philharmonie, Köpferstr. 29.

Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter. Besprechungsausschuß des 13. Verwaltungsbereichs (Tempelhof-Werkschlag) Donnerstag 7 Uhr in der Schützenau Mariendorfer, Aufschlamm, Ecke Gollnowstraße.

Teutscher Bauarbeiterverband. Section Arbeit: Donnerstag 8 1/2 Uhr Versammlung der Tischlerarbeiten bei Boelter, Weichstr. 17. Bericht von der Lohnverhandlung. Ohne Verbandsbuch kein Zutritt.

Verantwortl. für den heftig. Teil: Franz Mühs, Berlin-Wilhelmsberg; für Anzeigen: Th. Glöde, Berlin. Verlag: Vorwärts-Verlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Vorwärts-Druckerei u. Verlagsanstalt Karl Singer u. Co., Berlin, Lindenstr. 3.

Stierstr. 1, Berlin.

Stoffe für Herren- u. Damen-Bekleidung
beste Facharbeit, große Auswahl, Verkauf unterwies
Koch & Sealand G. m. b. H.
Gertraudenstr. 20-21.

SPD. 21. RdT.
Nachruf.
Unter Genossen
Franz Naumann
Büchereibesitzer, Schul-
straße 24,
ist verstorben. 8 1/2
Jahre seinem Andenken!

Allen Freunden und
Kollegen meines so uner-
wartet verstorbenen lieben
Bruders **Franz Drange**
sage ich für die auf-
richtige Teilnahme meinen
herzlichsten Dank. 11675
Max Prange.

Achtung! Maler! Achtung!
Donnerstag, den 6. April 1922, abds. 7 Uhr:
Öffentl. Versammlung
im Gewerkschaftshaus, Engelstr. 15, Saal 1.
Tagesordnung:
1. Wahl der ausstehenden Mitglieder des
Geschäftsausschusses gemäß § 41 des Statuts.
2. Wahlberechtigt sind die bei Tagungsmitgliedern
beschäftigten volljährigen Weibchen, welche sich im
Besitz der bürgerlichen Ehrenrechte befinden.
3. Wahlbar ist jeder Weibchen, welcher 1. volljährig
ist und sich im Besitz der bürgerlichen Ehrenrechte
befindet, 2. zum Aktie eines Schloßes (abg. 31
und 32 des Verordnungsverzeichnisses), 3. in
Abwesenheit der Angehörigen des § 12 der Gewerbe-
ordnung entspringt. 11680
H. Hoffm.
Königsplatz, 63 L. Weichstr., Berlin-Wilhelmsberg 251.

Führer
zu wahrhaft
sittlicher und
glücklicher Ehe-
gemeinschaft ist
das neue Buch von
Dr. Sophie Schöller
**Das
Eheproblem**
Preis 12 Mark
Buchhandlung
VORWÄRTS
BERLIN SW 48
Lindenstraße 2

Quecksilber
kauft höchstzahlend
Heinrich Trapp, Beuststr. 10
(Laden nahe Spittelmarkt)

Deutscher Metallarbeiter-Verband
Verwaltungsstelle Berlin N 54, Lindenstraße 83 85.
Geschäftszeit von vorm. 9 Uhr bis nachm. 4 Uhr
Telephon: Amt Köpen 833, 834, 835, 836.
Mittwoch, den 5. April, nachmittags 5 Uhr,
in den Sophien-Sälen, Sophienstr. 17/18:
Branchenversammlung
aller Kollegen und Kolleginnen der
Metallischen Branche.
Tagesordnung: 1. Bericht über unsere
Lohnforderung. 2. Stellungnahme zum Ergebnis.
Wichtige! Bauarbeiter! Wichtige!
Mittwoch, den 5. April, im Verbandslokal
(Arbeitslokal), Lindenstraße 83/85 part. 1:
Branchenversammlung.
Tagesordnung: 1. Bericht über unsere
Lohnforderung. 2. Stellungnahme zum Ergebnis.
3. Bericht über den
11672
Jeder Kollege muß erscheinen.
Die Ortsverwaltung.

Quecksilber
kauft höchstzahlend
Heinrich Trapp, Beuststr. 10
(Laden nahe Spittelmarkt)

2-8. APRIL
FRANKEURTER
FRANKEURTER
MESSE
AUSKUNFT
MISAMT FRANKFURT AM

Bräutleute wollen!
Elegante fügenlos
Trauringe
nicht aus einem
sogenannten Spezialgeschäft, welches
unter anderem alle möglichen Gegenstände,
wie Uhren und Goldwaren führt, oder gar
altes Gold usw. aufkauft, sondern aus einem
Spezialgeschäft,
welches ausschließlich nur
Trauringe fabriziert
und an Private liefert.
In Deutschland stehen wir als solches
konkurrenzlos da
und liefern eigene Erzeugnisse in echt Gold von
120.- Mark
an aufwärts bis zu den feinsten Ausführungen, in großer Auswahl,
direkt vom Lager.
Besichtigung ohne Kaufzwang erbeten.
Ausführliche Preisliste gegen Rückporto! Versand nach auswärts gegen
Vorzugsendung des Betrages!
Trauringfabrik G. Albert Thal,
C 19, Seydelstraße 8 (Spittelmarkt).

Wie Berlin seine Straßen reinigt.

Nutzen der Zentralisation. — Die ungerechtfertigte Kritik.

Wohl kaum auf einem anderen Gebiet ist der Nutzen der Einheitsgemeinde so unmittelbar zutage getreten, wie auf dem des Stadtfuhrparks. So ist es möglich gewesen, von Bezirken, die Kraftwagen oder Pferdegespanne besaßen, für deren Verwendung sie aber nur geringe Möglichkeiten hatten, an die Zentralstelle heranzuziehen oder an andere Bezirke abzugeben, größere Wagen gegen kleinere auszutauschen usw. Die Zentralstelle dient als Vermittlungsstelle, die dafür zu sorgen hat, daß nicht etwa in dem einen Bezirk Fahrzeuge unbenuzt stehen bleiben, während sie in anderen Bezirken vielleicht gebraucht werden. Die gemeinsamen Werkstätte kann größer und vorteilhafter ausgebaut werden, ist leistungsfähiger als die zahlreichen kleinen Werkstätten, die die einzelnen Bezirke sich notwendigerweise doch haben einrichten müssen, und die jetzt nur noch für kleinere Reparaturen aufrecht erhalten werden.

Die Reinigungsbezirke.

Die Straßenreinigung untersteht als selbständiger Zweig der gemeinsamen Direktion des Fuhrparks. Die Bezirke 7—20 haben je zwei besondere Bezirksfuhrpar, womit in den meisten Fällen, wie in der Zentrale, die Verwaltung der Straßenreinigung verbunden ist, in kleineren Bezirken oder in einzelnen Bezirksteilen (ehemaligen Gemeinden) ist sie vielfach auch an eine andere Verwaltung angehängt. Ein starker Schematismus herrscht hier also nicht vor. Gemeinsam sind nur die allgemeinen Richtlinien und Bestimmungen, nach denen gearbeitet wird. Was nun die Alt-Berliner Bezirke anlangt, so werden sie von derselben Direktion insgesamt verwaltet. Hier wäre eine Trennung nach den 6 Bezirken unzumutbar gewesen. Die gesamte Straßenreinigung, die in Alt-Berlin für die Reinigung in Betracht kommt, beträgt 7 125 000 Quadratmeter, die Bürgersteigfläche 4 357 000 Quadratmeter. Der Betrieb ist eingeteilt in 4 Reinigungsbezirke. Jeder dieser Bezirke besitzt einen größeren Fuhrpark, in denen die Gerätschaften und Fahrzeuge, die elektrischen Absperrstationen und Werkstätten untergebracht sind. Diese 4 Reinigungsbezirke sind wieder eingeteilt in 33 Abteilungen. Zu jeder Abteilung gehört ein Gerätehof mit Bogerräumen und Arbeiterunterkammer. In den Wagenhallen dieser Fuhrhöfe sind erhebliche Werte untergebracht. So verfügt Alt-Berlin allein über 105 elektrische Rehe- und Lashmaschinen, Sprengwagen usw., 75 Sprengwagen mit Bespannung, 94 Schneepflüge, 1 Aufschneepflug, 300 Schneekarren. Das Ziel, den jetzt sehr teuren Pferdebetrieb möglichst ganz auszulassen, läßt sich bei den finanziellen Mitten der Stadt so schnell nicht erreichen. Die Besetzung der Straßenreinigung besteht aus rund 2000 Arbeitern und Handwerkern. Wie vollzieht sich nun die wenig geachtete und doch so wichtige Arbeit der Straßenreinigung?

Der Angriff auf den Straßenschmutz.

Es ist die Kolonne der Rehemaschinen, die den Angriff auf den Berliner Straßenschmutz eröffnet. Sie rückt um 10 Uhr abends aus und legt mit ihren Reheisen den Schmutz nach der Bordstreife zu. Mit ihr zugleich haben die Boggerer, denen es obliegt, die Senkgruben zu entleeren, ihre Arbeit begonnen. Um 6 Uhr morgens haben die Rehemaschinen ihre Arbeit beendet. Nun treten die Reher und Abschneegeräte in Aktion, die den Schmutz zusammenfressen und auf die Böden laden. Etwas später beginnen die Waschmaschinen für den Asphalt und die Sprengwagen je nach Bedarf ihre Arbeit. Um 2 Uhr nachmittags beendet die Frühlicht ihre Tätigkeit, während um 12 Uhr mittags bereits die Tageslicht angetreten ist. Diese zählt als Tagesabteilung nur wenige Mann, die vor allem die Straßenübergänge zu reinigen haben und sonstige Böden und Straßen säubern, die wie die Markthallen des Morgens nicht genügend bearbeitet werden konnten. Die Schneebeseitigung ist ein Kapitel für sich. An ihr wird sehr viel, meist übertriebene Kraft geübt. Sobald sich am Berliner Himmel die erste Schneeflocke zeigt, heißt es in den Zeitungen, etwa: „Die Schneebeseitigung hat gänzlich versagt“ oder „sie ist gänzlich zusammengebrochen“. Diese oder ähnliche Wendungen sind nachweisbar schon vor 10 und noch mehr Jahren in der Berliner Tagespresse zu finden. In Wahrheit ist die Verwaltung bemüht gewesen, bei Schneefall entsprechend den vorhandenen Mitteln alles Mögliche zu tun, um den Verkehr aufrecht zu erhalten. Zunächst ist doch für Hunderttausende von

Arbeitern, Angestellten und Beamten das Wichtigste, daß auch bei starkem Schneefall die Verkehrsmittel nicht versagen. Die Gleise der Straßenbahn freizubehalten, ist also zunächst das Allerwichtigste. Daß bei starkem, oft tagelang dauerndem Schneefall die Schneeberge nicht sofort restlos zur Abfuhr gelangen können, dürfte klar sein. Sodann aber ist es eine reine Finanzfrage. Der Umstand, daß die Berliner für einige Tage die Unbequemlichkeiten und das ärgerliche Mißbehagen einer nicht ganz tadellosen Straße in Geduld und mit dem üblichen fröhlichen Witz auf sich genommen haben, hat der Stadt doch einige Millionen erspart.

Auch die Großstadtleute werden sich mit dem Gedanken vertraut machen müssen, daß selbst die sauberste Stadt der Welt von Naturereignissen nicht gänzlich unbeeinträchtigt bleiben kann und daß deren Folgen auch von der besten Verwaltung nicht sofort und restlos überwunden werden können. Wenn man schließlich bedenkt, daß die Straßenreinigung im Haushalt für 1922 mit rund 80 Millionen Mark erscheint gegen 45 Millionen Mark im Vorjahre, dann wird man begreifen, daß hier doch eine Veranlassung gegeben ist, wo die äußerste Sparlichkeit am Platze ist. Stadtrat Hugo Pöggisch.

Teuereres Brot.

2000-Gramm-Brot 15,20 M., eine Schrippe 55 Pf.

Die Deputation für das Ernährungswesen beschloß, dem Magistrat vorzuschlagen, vom 10. April ab den Preis des 2000-Gramm-Brottes auf 15,20 M. festzusetzen. Als Hauptposten der Verteuerung kommen in Frage: Die Kohlenpreiserhöhung (30 Pf.); die Erhöhung des Mehlpriees (50 Pf.), die zum Teil auf eine Erhöhung der Verwaltungsstellen infolge Steigerung der Löhne und Gehälter mit rückwirkender Kraft vom 1. Januar ab, zum Teil auf eine 20prozentige Erhöhung der Weizenmehlzuteilung und schließlich auf Erhöhungen der Fuhrkosten und anderer Zwischenposten zurückzuführen ist; die Erhöhung der Ausgaben des Bäckers für das Personal infolge Abschlußes eines neuen Lohnvertrages (etwa 35 Pf.). Der Rest der Brotpreiserhöhung entfällt auf Preissteigerungen fast sämtlicher übrigen Elemente der Brotherstellungskosten. Der Preis der Kommunal-schrippe soll unter Zugrundelegung einer entsprechenden Rechnung von 45 auf 55 Pf. erhöht werden.

Die Erhöhung der Kohlenpreise.

Die durch die Heraushebung der Kohlensteuer und Umsatzsteuer bedingte Erhöhung der Kohlenpreise sowie die Erhöhung der Pakstrahlen haben, wie der Magistrat Berlin mitteilt, eine entsprechende Erhöhung der Kleinverkaufspreise für Brotkrumen erforderlich gemacht. Vom 8. April sollen gezahlt werden für Röhren- und Ofenbrand ab Lauer pro Zentner 47,10 M. und frei Keller 48,10 M. bzw. 48,05 M. pro Zentner bei fuhrweiser Lieferung.

Das Neuföhrner Nebenkonulat.

Der Inhaber der Neuföhrner Pöskelzentrale Gausler ist verhaftet worden. Während die Kriminalbeamten in Neuföhr Hausdurchsuchung abteilten, rief Gausler telefonisch dort an und erfuhr so, daß man sein Treiben aufgedeckt hatte. Jetzt beschloß er, aus Leipzig nach Berlin zurückzufahren und zunächst sein Vorkauf abzugeben. Dabei wurde er verhaftet und nach dem Polizeipräsidium gebracht. Gausler hatte auf dem Grundstück Reichlestr. 7 zwei Wohnungen, eine im Keller, in der er mit seiner Familie hauste, und eine zweite im ersten Stock, in der er seine Kundenschaft empfing. Eine dritte Wohnung für besondere Kundenschaft hatte er noch in der Kasanenstraße. Die Durchsuchung seiner drei Wohnungen führte noch allerlei zutage, an deren Gelde in der Kasanenstraße zwei Kassetten mit 31 000 und 17 000 M. Sein Safe enthält ohne Zweifel einen wesentlichen höheren Betrag, der vorläufig gesperrt wurde. Aus der weiteren Verhannaahme geht hervor, daß Gausler auch Ausweis-papiere anderer Art hergestellt hat.

gelogen hat. Nie in meinem Leben habe ich im Grand meinen Namen unter ein Stück Papier gesetzt! Ist da ein Stück Papier mit meinem Namen unterschrieben worden — dann ist er eben gefälscht.“ Wenn ihn diese Gedanken auch nicht immer beunruhigten, so erleichterte es ihn doch, ihnen freie Bahn zu geben. — Und dann war noch so viel anderes, was darauf hindeutete, daß Wangen keine reine Wespe anhatte. Tausend Dinge gab es da, über die man reden werden konnte, und der Alte hatte nun schon so oft von der Angelegenheit gesprochen, daß ihm seine Behauptungen als Tatsachen vorkamen.

Wieder stand er da und wühlte in den Papieren, als die Türe aufging und Marit hereinkam.

„Telephonierst du nicht eben?“ fragte sie der Bauer über seine Brille hinweg.

„Einar kommt heute her.“ antwortete sie. „Er hat mich, Pferde und Schlitten zur Bahn zu schicken.“

Unwillkürlich legte der Alte beide Hände auf den Rücken, stellte sich breitbeinig hin und starrte sie über seine Brillengläser hinweg an. „Einar? Was sagst du? Kommt heute her? Der junge Herr muß viel Zeit haben. Er will wohl ewiger Student werden!“

„Du regst dich ja so auf“, sagte Marit. „Du freust dich doch sonst, wenn der Junge nach Hause kommt?“

Er antwortete nicht, sondern begann wieder in den Papieren zu wühlen. — Wollte der Junge sich allen Ernstes in die Geschichte einmischen? Es war ihm, als wenn ihn einer seiner Feinde plötzlich hinterrücks anfiel. Einar! Er sollte es nur versuchen!

„Wenn er nur nicht zuerst auch noch mit Mutter darüber spricht“, dachte der Alte bei sich. „Obwohl — ähnlich wäre ihm das nicht.“

Doch blieb er auf dem Posten, um ihn als erster auf dem Hofe zu empfangen.

Als Einar ausstieg wartete Ingeborg mit dem Schlitten auf ihn.

Die höfliche Stimme in seinem Innern hatte ihn schließlich aufgereizt, und als er endlich den Entschluß gefaßt hatte, nach Hause zu reisen, war ihm, als habe er die Schiffe hinter sich verbrannt. Jetzt wollte er die Geschichte ins Reine bringen und zuerst einmal versuchen, vernünftig mit dem Vater zu reden. Aber er fühlte die ganze Zeit über, daß es eine große Charakterprobe galt.

Das alte braune Pferd, den bekannten breiten Schlitten

Großfeuer.

Großfeuer kam am Montagmittag vermutlich durch Unvorsichtigkeit in der Reparaturwerkstatt von Alfred Karfunkel in Weihensee, Berliner Allee 79/82, Ecke der Wulfsallee und Wagnerstraße, zum Ausbruch und hat angeblich einen Schaden von rund 2 Millionen Mark verursacht. Ausgetreten ist es in einer Automobillgarage, die an A. Karfunkel vermietet ist. Auf die Meldung von dem Feuer entforderte die Berliner Feuerwehr die Besatzung 17, 19, 20 und 24 unter Leitung des Brandinspektors Camp. Diese gaben mit 4 B-Röhren von Rotorspritzen längere Zeit kräftig Wasser und wurden dabei von der Weihenseeer und Hohenschönhauser Wehr unterstützt, die mit 4 C-Röhren angriffen. Den Bemühungen der Wehren gelang es, sämtliche angrenzenden Gebäude und Schuppen, Strohlager und Werkstätten, die in größter Gefahr schwebten, wirksam zu schützen. Wie bei all den Bränden der letzten Zeit in den Vororten, erwies sich das Fehlen von feuergefährlichen Trennungswänden, sogenannten Brandmauern, als ein Moment, das wesentlich zur schnellen Ausbreitung der Flammen beigetragen hat. Als die Wehren an der Brandstelle anlangen, bildete der Krosinogenschuppen, in dem 11 Autos standen, schon ein Flammenmeer, so daß gar nicht daran gedacht werden konnte, diese Autos in Sicherheit zu bringen. Sie verbrannten vollständig. Die Aufräumungsarbeiten dürften noch einige Zeit in Anspruch nehmen. Alle Arbeiter und Krosinowagenführer hatten sich rechtzeitig durch eilige Flucht in Sicherheit bringen können.

Auch in der Wagenfabrik von Joh. Neuh in der Nestorstraße 89 brach gestern abend ein Großfeuer aus. Dort brannten die Werkstätten, in denen Equipagen und Karosserien für Autos hergestellt werden, in großer Ausdehnung. Es gelang, die benachbarten Wohngebäude wirksam zu schützen und die Flammen auf die Werkstätten zu beschränken. Die Wilmersdorfer Wehr war bis spät in die Nacht hinein an der Brandstelle tätig. Die Aufräumung der Brandstelle, die einen wüsten Anblick bietet, soll heute beginnen.

Der Muehlmord bei Strausberg.

Zwei Brüder als Täter vor Gericht.

Einen wohlüberlegten und in allen Einzelheiten vorbereiteten Mord soll der 51jährige Schlosser Max Rohde begangen haben, gegen den gestern eine auf zwei Sitzungstage berechnete Verhandlung vor dem Schwurgericht des Landgerichts III unter Vorsitz des Landgerichtsdirektors Dr. Raeder begann. Die von Staatsanwaltschaftsrat Parisius vertretene Anklage gegen Rohde lautet auf Mord und schweren Raub. Mitangeklagt ist der Bruder, der Metallbrecher Emil Rohde wegen Hehlerei und Richterstattung einer Anzeige über ein geplantes Verbrechen, von dem er rechtzeitig Kenntnis erhalten hatte.

Am frühen Morgen des 7. Mai v. J. wurde im Walde bei Besendahl, einem Orte zwischen Strausberg und Werneuchen, die Leiche des Zimmermanns Emil Werner aus Berlin aufgefunden, die auf einem Reisighaufen lag. Sie hielt einen amerikanischen Trommelrevolver in der Hand, so daß man zuerst an einen Selbstmord glaubte. Als aber eine nähere Besichtigung ergab, daß W. von hinten fünf Schüsse erhalten hatte und man ferner feststellte, daß er völlig ausgeplündert worden war, wurde die Berliner Kriminalpolizei benachrichtigt, die feststellte, daß irgendein Kampf nicht vorausgegangen war, sondern der Täter offenbar ruhig neben seinem Opfer einhergegangen war, um dann plötzlich von hinten die tödlichen Schüsse abzugeben. Ferner wurde festgestellt, daß zwei Russen, die zufällig die in der Nähe befindliche Chauffee passiert hatten, mehrere Schüsse hatten fallen hören. Dann rief ein Mann: „Rage, hilf mir!“ worauf ein anderer Mann antwortete: „Ne, warte, ich werde Dir helfen!“ Hierauf fiel noch ein Schuß und dann war alles still. Auf Grund der von bestimmter Seite gegebenen Personalschreibung gelang es schon zwei Tage später den Mörder in der Person des jetzigen Angeklagten Max Rohde zu verhaften. Die weiteren Ermittlungen der Kriminalpolizei ergaben, daß R. unter dem Vorgeben, die Kupferleitungen der Leberlandzentrale stehen zu wollen, seinen Better, den W., in den Wald gelockt hatte. Ehe R. mit seinem Better zusammengetroffen war, hatte er zu seinem Bruder geäußert: „Werner bekomme heute noch ein paar aufgebrennt.“ — Nach der Tat hatte der Mörder seinem Opfer die Tasche durchwühlt und sich eine Brief-tasche mit 350 M. und eine silberne Uhr angeeignet. In seiner ersten Vernehmung bestritt Rohde alles, später gab er zu, mit seinem Better im Walde gewesen zu sein. Dieser habe ihn zu Diebstählen verlocken wollen. Wie er zu der Tat selbst gekommen sei, wisse er nicht. Wie werden das Urteil mitteilen.

Die Macht der Lüge.

Roman von Johann Vojer.

13.

Am Tage vor der Verhandlung hatte Norby schon seit dem frühen Morgen seine Papiere geordnet, sich Notizen gemacht und gut vorbereitet auf alle möglichen Fragen. Er hatte nicht mehr die Empfindung, daß er Wangen anklage, sondern daß er sich selber verteidigen müsse.

Eine graue Winterdämmerung lag über dem Tisch, den Papieren und dem alten Bauer, wie er, die Brille auf der Nase, dastand und seine Waffen für den Prozeß musterte. Das eifrige Sammeln von Bezeugungen und Erklärungen hatte ihn müde gemacht. Aber jetzt war er auch gut ausgerüstet und war ganz ungeduldig, an die Reihe zu kommen.

Und plötzlich glitt ein feines Bächeln über das Gesicht des Alten, er hielt ein Papier in der Hand, vorsichtig, wie eine Kostbarkeit. Und das war es auch: eine Erklärung der bettlägerigen Witwe Jörgen Haarstad. Die würde vollständig zu nichts machen, was Sören Kvintne aussagen wollte. Und das war sein, weil dann Herluffsen ein langes Gesicht machen würde.

Der Alte freute sich diebisch auf den Augenblick, wenn er diese Erklärung vor Gericht vorlas. Vielleicht war auch Herluffsen selbst unter den Zuhörern. Es war ja kein Zweifel, dieser arme Kätner war einfach als Zeuge gekauft, um das von Jörgen Haarstad aussagen zu lassen. Zu solchen Mitteln griffen diese Leute, das ließ tief blicken.

Der Bauer wanderte auf und ab. Sie und da feuerte er. Er sah blaß aus, und in der letzten Zeit hatte er an nichts anderes denken können, als wie er gegen seine Feinde aufkommen konnte. An dem wirklichen Kern der Sache war er wie im Schnellzuge vorbeigefahren, der lag weit zurück im Nebel, jetzt waren ganz andere, wichtigere Dinge zu bedenken. Es war ja auch klar, daß es seinen Feinden nicht um die Gerechtigkeit zu tun war, sie arbeiteten darauf hinaus, ihm zu Leibe zu rücken und ihn zu Fall zu bringen.

Zuerst war ihm dieser Ausritt im Hotel so klar im Gedächtnis gewesen. Aber Wangens Behauptung, daß es im Grand Café gewesen sei, vermischte die Erinnerung. „Schön“, dachte Norby — „dann war es also im Grand — meinetwegen! Vielleicht hat er recht. Aber um so sicherer ist es dann, daß er

mit der Bekende empfand er wie einen warmen Grub von zu Hause. Als er neben der Schwester saß und unter dem Schellengeläut nach Hause fuhr, wuchs mehr und mehr in ihm das kindlich frohe Gefühl, nach Hause zu kommen zu den altgewohnten Stätten.

Aber gerade diese Gefühle hatte Einar überwinden müssen, als er seinen Entschluß faßte. Darum war er jetzt auf dem Posten vor ihnen, denn jetzt empfand er sie wie eine Gefahr.

Mit demselben Pferd hatte Ingeborg ihn Weihnachten abgeholt, und dieser Gedanke weckte in ihm eine Schar heller, warmer Erinnerungen. Er dachte an den großen Ball bei ihnen, an die Tochter des Doktors, die an dem Abend so schön war... sah ihre Augen. Sein Vater und Mutter hatten damals alles getan, damit sich die Jugend recht gut unterhalte. Und jetzt? Ihm war beinahe, als käme er nun als Verräter nach Hause.

„Warum kommst du so plötzlich?“ fragte Ingeborg.

„Am bei der Gerichtsverhandlung dabei zu sein“, antwortete er. „Ich will doch gerne sehen, wie es geht.“

„Oh, darüber kannst du ganz ruhig sein, daß es gut geht für Vater.“ sagte sie voller Ueberzeugung.

Und Einar ertrappe sich bei demselben Wunsche. Er mußte sich schleunigst vorhalten: „Paß auf — daß all die schönen Gefühle deinen Vorfaß nicht zuschanden machen.“

„Der arme Vater!“ sagte Ingeborg wieder. „Du glaubst nicht, was die Leute jetzt über ihn zusammenflühen. Dieser Wangen muß ein schrecklicher Mensch sein!“

Ihre Augen strahlten voller Zutrauen zum Vater, und Einar fühlte, wie sie ihn damit ansteckte.

„Wie geht es denn zu Hause?“ fragte er, um abzulenken.

Ingeborg antwortete: „Nur so ist etwas krank gewesen, aber es geht ihm schon wieder besser.“

Bei diesen Worten sah Einar den vaterlosen Kleinen vor sich, und der sah ihn an und fragte: „Willst du wirklich böse sein gegen Großvater?“

Nach einer Weile erzählte Ingeborg, daß gestern morgen ein junges Pferd tot in seinem Stand aufgefunden worden war. Einar dachte an den Schaden, den der Vater dadurch erlitt, stand neben ihm und sah in den Stall, in dem die Pferde stampften. Und jetzt dachten die prächtigen Tiere in ihren Ständen halb um und erkannten ihn und wickerten ihm zu, als wollten auch sie sagen: „Willst du wirklich...?“

(Fortsetzung folgt.)

Steuerrückzahlung und Geldentwertung.

Wir erhalten immer noch Zuschriften mit Klagen darüber, daß die Rückzahlung der Uberschüsse der von Lohn oder Gehalt als Einkommensteuer abgezogenen Beträge sich ungebührlich verzögert. Ein Leser schildert uns, wie er bei seinen Versuchen, den für das Steuerjahr 1920 zu viel einbehaltenen Betrag von 600 M. endlich wieder zu kriegen, von einer Stelle zur anderen geschickt wurde, mehrfach Urlaub nehmen mußte, aber immer wieder mit leeren Händen heimkam. Diese Scherereien sind nicht nur eine harte Geduldsprobe für den Anspruch- und Empfangsberechtigten, der das Geld zu den dringendsten Anschaffungen braucht, sondern sie bringen ihm auch einen direkten Verlust. Je länger einer auf die Rückzahlung seines Geldes warten muß, desto mehr büßt es von seiner Kaufkraft ein, da die Geldentwertung weitergeht. Lohn- und Gehaltsempfänger sind ja von vornherein dadurch geschädigt, daß man ihnen die Einkommensteuer im Voraus abzieht und Beträge einbehält, die bei fortwährender Geldentwertung und nachfolgenden Lohnerhöhungen sich als zu hoch herausstellen müssen. Selbst bei unerbögter Rückzahlung des Uberschusses, die doch immer erst nach Schluß des Jahres erfolgen könnte, erleidet der Lohn- und Gehaltsempfänger durch die Geldentwertung einen Schaden, vor dem die selbständigen Gewerbetreibenden und die Unternehmern aller Art bewahrt bleiben. Wer heute auf ein paar hundert Mark warten muß, dem kann selbst in einem so kurzen Zeitraum der Wert seiner Forderung sehr böse aufschwemmen. Haben die langsam arbeitenden Finanzämter sich diese durch sie noch gesteigerten Schädigungen der Steuerzahler schon mal klar gemacht?

General Vermonds Briefmarken.

Im Jahre 1919 ließ der General Awaloff, als er die westrussische Armee kommandierte, viele Millionen von Briefmarken drucken, die den russischen Wärd und Zahlen trugen. 23 Pakete mit solchen Briefmarken gelangten in die Hände eines gewissen Boh. Dieser verpackte sie an einen russischen Studenten namens Görber und hinterlegte sie bei einer Russin namens Friehoff; diese verweigerte schließlich die Herausgabe der Marken an Görber, der wiederum den Kriminalwachmeister Schneider bei, die Awaloffischen Marken bei der Friehoff zu beschlagnahmen. Schneider stellte sich dort als Kriminalbeamter vor, bekam das Paket heraus und stellte darüber eine Quittung aus mit dem Namen „Boh“. Diese Vorgänge führten Schneider wegen Amtsmißbrauchs und Urkundenfälschung vor das Schöffengericht Schöneberg. Der Staatsanwalt beantragte 5 Monate Gefängnis. Die R.-A. Bahn und Friedländer beantragten die Freisprechung, weil nicht bewiesen sei, daß Schneider als Kriminalbeamter einen Druck auf die Friehoff ausgeübt habe; die falsche Quittung habe nicht zur Täuschung gedient, da sie erst nach Aushändigung der Marken erteilt sei. — Das Gericht kam aus diesen Gründen zur Freisprechung.

Fürsorge für die Hungernden.

Die Not der Zeit übt auch auf die von der Stadt Berlin getroffenen Veranstaltungen zur Speisung der Bedürftigen ihren Einfluß aus. Für April 1921 bis März 1922 sind im Haushaltsplan 1.900.000 M. für die Schulspeisung vorgesehen. Der Betrag konnte schon deshalb nicht ausreichen, weil die Vergütung für das aus der Volksspeisung bezogene Essen der Kinder im Januar 1922 von 1,75 M. auf 2,80 M. erhöht werden mußte. Dazu kam eine sehr erheblich stärkere Beteiligung bedürftiger Gemeindeglieder an der Schulspeisung, so daß in den sechs Monaten April bis September 1921 bereits 1.297.946 Portionen verteilt werden mußten, gegen 401.622 Portionen in denselben sechs Monaten von 1920. Da die für April bis September 1921 an die Volksspeisung gezahlte Vergütung schon 1.732.013 M. beträgt und für Oktober 1921 bis März 1922 noch für rund 1.031.400 M. zu zahlen sein werden, so muß jetzt der Magistrat die Stadtverordneten um eine Nachbewilligung von 2.258.000 M. ersuchen. Dieser Betrag ist erforderlich, obwohl inzwischen die Schulspeisung leider eingeschränkt worden ist. Nach dem im Dezember und Januar gefaßten Beschlüssen des Ausschusses für Jugendpflege und der Deputation für Jugendwohlfahrt soll die Zahl der an der Speisung teilnehmenden Kinder möglichst auf 5 Proz. aller Kinder einer Schule vermindert werden, und es werden zu diesem Zweck die häuslichen Verhältnisse sorgfältig nachgeprüft. Seit Anfang Februar sind die Beiträge der Kinder so festgesetzt: Gruppe I nichts, Gruppe II 1,60 M., Gruppe III 3,20 M.

Auch der für Kindererbemittelte, für Erwerbslose sowie Kriegsbeschädigte und Hinterbliebene an die Volksspeisung geleistete Zuschuß von 400.000 M. erfordert noch eine Nachbewilligung von 120.000 M. Diesen Bedürfnissen werden die Speisen zum halben Preis geliefert, das übrige zahlt die Stadt. Da aber die starke Verteuerung aller Lebensmittel und der Betriebskosten eine Erhöhung des Portionenpreises nötig gemacht hat, so ist auch der von den Bedürftigen selber zu zahlende Anteil gestiegen, auf 2 M. für die ganze Portion und 1 M. für die halbe Portion. Für das ganze Rechnungsjahr 1921 bis März 1922 wird die Zahl der zu ermäßigten Preisen abgegebenen Portionen sich auf 318.622 ganze Portionen und 112.453 halbe Portionen stellen.

Rüflet zu den Elternbeiratswahlen!

Man schreibt uns: Der preussische Kultusminister veröffentlicht einen Rundschreiben vom 8. März, in dem er darauf hinweist, daß die Elternbeiratswahlen zweimächtig im neuen Schuljahr stattfinden. Von etwa beabsichtigten Elternbeiratswahlen im ablaufenden Schuljahr sei abzusehen. Die bisherigen Elternbeiräte führen die Geschäfte bis zur Einberufung (Sahungen, Ziffer 3) der neuergewählten Elternbeiräte weiter. Andererseits sind alle Elternbeiräte, auch die erst vor kürzerer Zeit als zwei Jahren gewählten, neu zu wählen. Die ordentlichen Neuwahlen finden von diesem Jahre ab regelmäßig in den ersten 8 Wochen nach dem Frühjahrsbeginn des Unterrichts im neuen Schuljahre statt. Der Minister erklärt schließlich, es sich vorzubehalten zu wollen, nach weiteren Erfahrungen die gesamten Vorschriften über die Elternbeiräte einer eingehenden Prüfung zu unterziehen. — Inzwischen ist der Termin für die Elternbeiratswahlen festgelegt worden. In Berlin finden die Wahlen für die Volksschulen am 28. Mai und die für die höheren Schulen am 11. Juni statt. Auch die erst vor kürzerer Zeit gewählten Elternbeiräte scheiden dann aus. Bis dahin bleiben alle alten Elternbeiräte in Funktion. Die Eltern wenden sich, wenn sie beim Klassenleiter oder Rektor nicht zu ihrem Recht kommen, nach wie vor an die bisherigen Elternbeiräte. Das ist besonders interessant ist der Schluß. Herr Boelch, der vor kurzer Zeit erklärte, daß die Elternbeiräte sich „bewähren“ haben, plant eine Revision des Erlasses vom November 1919. Das bedeutet: die bürgerlichen Rechte, die damals die Eltern erhielten, sollen also wahrscheinlich noch weiter beschnitten werden, und zwar mit Hilfe der ausgewählten Elternbeiräte selbst. Es gilt nun, alle Kräfte mobil zu machen. Klassenleiter oder Rektor nicht zu ihrem Recht kommen, ist besonders die Elternbeiratswahlen müssen der Aufsicht werden für den Kampf um die Schule! Und keine Minute darf mit der Vorbereitung verzögert werden.

Ein geheimnisvoller Leichenfund. Aus dem Engelbecken wurde die Leiche eines jungen Mannes gelandet. Nach vorgeschundenen Papieren handelt es sich um den 27 Jahre alten Kaufmann Gustav Steilbrink, der bis zum 14. November 1921 in der Epenider Straße gewohnt und von dem man seit dieser Zeit nichts mehr gehört hatte. Ob ein Unfall, Selbstmord oder ein Verbrechen vorliegt, können erst die weiteren Ermittlungen ergeben.

Diebstahl einer Bronzefigur im Tiergarten. Von dem Eck der Platanenallee und Charlottenburger Chaussee aufgestellten Monu-

ment wurde eine Knabenfigur aus Bronze geklaut. Die einen Wert von 20-30.000 M. hat. Von den Tätern fehlt jede Spur.

Landauferhalt für Jugendliche. Das Jugendamt der Stadt Berlin ist in der Lage, schwächliche, aber nicht kranke oder gebräuchliche schulentlassene Kinder im Alter von 14 bis 16 Jahren, die für die Ergriffung eines Berufes zu schwach sind, für 2-6 Monate und länger in guten Pflegefamilien auf dem Lande unterzubringen. Die Jugendlichen sollen sich dort kräftigen und dann erst mit leistungsfähigem Körper in ihren eigentlichen Beruf eintreten. Die Unterbringung auf dem Lande erfolgt unentgeltlich. Die Kinder müssen sich dafür durch leichte, ihrem Körperzustand und Können entsprechende Arbeiten nützlich machen. Seitens des Jugendamtes wird darüber gewacht, daß die Jugendlichen nicht ausgenutzt oder als Dienstpersonal angesehen und beschäftigt werden. Es kann nur warm empfohlen werden, von dem Angebot des Jugendamtes ausgiebig Gebrauch zu machen, da sich die Einrichtung bisher sehr gut bewährt hat. Meldungen müssen umgehend erfolgen, und zwar für den Bezirk „Mitte“ bei dem Jugendamt, Stralauer Brücke 6, für den Bezirk „Tiergarten“ bei dem Jugendamt Alt-Neubrück 39, für den Bezirk „Wedding“ bei dem Jugendamt Schönfelder Str. 1, für den Bezirk „Brenzlauer Berg“ bei dem Jugendamt Schönhauser Allee 10/11, für den Bezirk „Friedrichshagen“ bei dem Jugendamt, Abt. Jugendpflege, Rosiusstraße 49, Zimmer 33, für den Bezirk „Kreuzberg“ bei dem Jugendamt Nordstr. 10, für die übrigen Bezirke bei den Jugendämtern der betreffenden Bezirke.

Rundgebung für die Rettung der hungernden Rußlanddeutschen. Die Reichsversammlung „Brüder in Not“, deren Hauptauskunft u. a. der Reichstagspräsident Ebelde und der Reichsminister Dr. Rathenau angehören, veranstaltet am Mittwoch, den 5. April, abends 8 Uhr, im großen Saal des ehemaligen Herrenhauses, Leipziger Str. 3, eine öffentliche Rundgebung. Karten zum freien Eintritt sind zu haben in der Hauptgeschäftsstelle der Reichsversammlung „Brüder in Not“, Berlin SW, Oberwallstr. 1a, und zwischen 8 und 4 Uhr beim Pförtner des ehemaligen Herrenhauses, Leipziger Str. 3, Hauptportal.

Die „Zweite Groß-Berliner Tabakmesse“ wird am 11. April, mittags 12 Uhr, in den Geländebäumen der „Neuen Welt“, Holtenauerstr. 108-114, eröffnet und ist täglich bis abends 10 Uhr zugänglich. Geschlossen wird die Messe am 14. April, abends 8 Uhr.

Ein furchtbares Unglück ereignete sich in der ersten Schulkasse in Tondern bei Harnen. Der Lehrer Hermann Jergens hatte einen Granatzünder mitgebracht. Auf irgendeine Weise, wahrscheinlich durch Stoß gegen die Bank, explodierte der Zünder und zerriß einem Jungen Oberschenkel und Unterarm. Zwei in der Nähe stehende Schüler wurden ebenfalls schwer verletzt. Der erkrankte Knabe starb nach einigen Minuten. Ein weiterer Schüler erhielt ein Sprengstück in die Lunge. Nach Anlegung von Notverbänden wurden die Verletzten dem städtischen Krankenhaus zugeführt. Alle Verunglückten standen kurz vor der Konfirmation.

Groß-Berliner Parteinachrichten.

17. Kreis Schöneberg. Dienstag, den 4. April, 7 Uhr, Kreisvorsitzungsversammlung bei Rache, Franzfurter Allee, Ecke Gubenstraße. Sämtliche Kreismitglieder müssen teilnehmen. 18. Kreis Friedrichshagen. Sitzungskommission: Mittwoch abends 7 1/2 Uhr Sitzung bei Bauer, Große Franzfurter Str. 1. Das Erscheinen sämtlicher Mitglieder ist notwendig.

Heute, Dienstag, den 4. April:

77. Abt. Schöneberg. Die Generalversammlung findet nicht am 4. April, sondern erst am 7. April, 8 Uhr, bei Wöl, Martin-Luther-Str. 60, statt. Wahl des Vorstandes und der Kommissionen. 134. Abt. Süd. 8 Uhr Vorstandssitzung bei Bohung, Buxtehuder Allee. Jungmännliche Gruppe: 7 Uhr im Jugendheim Partau 10. Vortrag über „Feuerbestimmung“.

Morgen, Mittwoch, den 5. April:

22. Abt. 7 1/2 Uhr Funktionärsversammlung der Gewerkschaft, Oranien Weg 48. 23. Abt. Glienke. 8 Uhr Abteilungsversammlung im „Feldberg“ (Zugaberg) (Kantener), Rummelsburg. Thema: „Koalition - Arbeiterregiment“. Referent Kurt Riehm. 2. Neuwahlen. 72. Abt. Wilmersdorf. 7 1/2 Uhr im Rest. Rahr, Kaiserstraße 6/72, Balladen und Revellenabend. Vortrag Dr. Dech. 2. Wärd willkommen. 76. Abt. Berlin. Sämtlich 7 1/2 Uhr Generalversammlung und Jahlabend bei Schilling, Königs-Luisen-Str. 42. 82. Abt. Steglitz. 8 Uhr bei Clement, Döppelstr. 7, Sitzung des Vorstandes, der Bezirksleiter und Referenten sowie der Vorsitzenden der Ausschüsse. Sämtliche Tagesordnung. Erscheinen erforderlich. 103. Abt. 8 1/2 Uhr bei Bernke, Wilmersdorf, 1. Funktionärsversammlung von Unterhohenschönhausen. 91. Abt. Bezirk 49: 7 Uhr Parteiversammlung bei Domagala, Maliner Str. 21. 1. Vortrag des Genossen Kempke über „Die Bewegung und die geltende Lohnliste“. 2. Neuwahl der Funktionäre. 103. Abt. Oberschöneweide. 7 1/2 Uhr Jahresversammlung im Fiedelsaal der Realschule, 4 Treppen. (Nicht im Fiedelsaal des Realschulsaals Realschule). 104. Abt. Niederschöneweide. 7 1/2 Uhr bei Ebnner, Berlin Str. 20, Sitzung sämtlicher Funktionäre, Beamten, Betriebsvertrauensleute und Elternbeiräte. Sämtliches Erscheinen dringend erforderlich. 106. Abt. Köpenick. Sämtliche Versammlung: 7 1/2 Uhr Jahlabend bei Stippelhof, Schöneberger Str. 5. Thema: „Koalition - Arbeiterregiment“. Referent Karl Kruse. - Kleiner Vortrag: 7 1/2 Uhr Jahlabend im Bürgergarten, Müggelheimer Str. 12. Vortrag des Genossen Scholl. - In beiden Bezirken Stellenannahme zur Generalversammlung. 141. Abt. Köpenick. 8 Uhr bei Wiltbrodt, Kronprinzstr., Ecke Walderferstraße, Generalversammlung. Erscheinen sämtlicher Mitglieder Pflicht. Tagesliste der Wiltros. 6 Uhr Versammlung der Club, Prinz-Luisen-Friedland-Str. 8. Thema: „Wirtschaftsfragen“. Referent Heinrich Friedländer.

Frauenveranstaltung:

58. Abt. Charlottenburg. 7 1/2 Uhr bei Schneider, Holzendorferstr. 14, Referend. Die Referenden sind mitzubringen.

Jugendveranstaltungen.

Berein Arbeiter-Jugend Groß-Berlin, SW. 68, Lindenstr. 3, 2. Hof, 2 Trp. Telegramm-Nr. 121 65-121 16. Der Volkstanzkursus findet wieder am Donnerstag, den 6. April, im Jugendheim, Lindenstr. 3, statt.

Mitgliederversammlungen (Hauptversammlungen).

Heute, Dienstag, den 4. April:

Diebstahl: Jugendheim Schule in der Schloßstraße. - Wandholz: Jugendheim Gemeindefürsorge Berlin. - Grotte: Gefandensmann. - Gemeindefürsorge Cöpenhagen Str. 2. - Landbergers Bielefeld: Jugendheim Gemeindefürsorge Schloßlanger Straße. - Einigung Schneidmüller Straße. - Niederschöneweide: Jugendheim Oberschöneweide, Kantener Str. 2. Vortrag: „Ringschluß und Schandliteratur“. - Niederschönhausen: Jugendheim Gemeindefürsorge Frankfurter Str. 69/70, Vortrag: „Werdens und Vergehen der Welt“. - Pankow: Jugendheim Breite Straße 20, Eingang Pankow. - Reinickendorf-Öst: Elternabend in den Jugendhäusern (Seebad), Kiefernstraße. - Reinickendorf: Jugendheim Gemeindefürsorge 6 bei Wiltbrodt. - Reinickendorf West: Jugendheim Gemeindefürsorge Döppelstr. 7a. - Schöneberg I: Jugendheim Rudow, Ecke Hauptstraße. - Schöneberg II: Jugendheim Comenius-Schule, Frankfurter Str. 10. - Steglitz II: Jugendheim Johanna-Stegen-Str. 22. - Steglitz: Jugendheim Lindenstr. 3, 2. Hof, 3 Treppen links. - Tegeln: Jugendheim Reichenhagen, 15. - Treptow: Jugendheim Eisenstr. 3. - Wilmersdorf: Jugendheim Gemeindefürsorge Koenigs-Luisen-Str. (Zurhalle).

Vorträge, Vereine und Versammlungen.

Stenographenverein „Stefan-Schrenk“, Nordbezirk. Übungen für Damen und Herren Donnerstags 7 1/2-9 1/2 Uhr in der 120. Gemeindefürsorge, Gartenstr. 107a. Gühr willkommen.

Briefkasten der Redaktion.

Briefliche Auskünfte werden nicht erteilt. - Jeder der den Briefkasten bestimmten Anfrage solle man einen Buchstaben und eine Nummer beifügen. - Seltene Anfragen trage man in der Juristischen Sprechstunde, Lindenstr. 3, 1. Hof part. links vor. Schriftstücke und Beträge sind mitzubringen. - d. 5. 1920. Ein Unvollständiges gibt es nicht. Es müßten uns zunächst angeben, was für eine Retorsion in Betracht kommt.

Better bis Mittwoch mittags. Etwas wärmer, aber windig, mit weißer Bewölkung. Im Westen viel stark kalten Regenwolken und heißen südlichen Winden, später zeitweise etwas aufklaren.

Köster über den neuen Staat.

Reichstagsdebatte über den Etat des Innern.

Der Reichstag übernahm gestern den Besetzungswurf über die Aenderung von Geldbeträgen der Unfallversicherung ohne Aussprache dem Sozialpolitischen Ausschuss. Der Besetzungswurf zur Aenderung des Gesetzes über die Ausbildung von Kriegsteilnehmern zum Richteramt wurde in dritter Lesung nach der Ausschussfassung, die die Regelung der einzelnen Betriebsverwaltungen überläßt, angenommen.

Es folgt die Beratung des Etats des Ministeriums des Innern.

Reichsminister des Innern Dr. Köster:

Dieser Etat schließt mit 2.380.041.338 M. ab. Davon entfallen aber für Forderungen und Leistungen, die direkt oder indirekt im Zusammenhang stehen mit dem Abschluß des Krieges, allein 2.260.000.000 M., so daß für die innere Verwaltung und für Kulturaufgaben nur 120 Millionen Mark verbleiben. Die Vereinfachung der Verwaltung und die Sparbarkeit sind also so weit getrieben wie nur irgend möglich.

Das Reich ist gezwungen, in allen Verwaltungen und allen Gehaltsstufen oben und unten rückstuflos zu sparen. Erst schöpferische Sparpolitik kann aber auf die Dauer nicht in dem Streichen von Stellen und Summen bestehen, sondern die wirkliche Sparbarkeit und Vereinfachung der Verwaltung ist eine Frage des Organes und Aufbaues der Verwaltung, eine Frage, wie man von innen aus die Betriebe reformiert und vereinfacht. In jedem Amte muß eine Stelle da sein, von der aus die Sparpolitik getrieben wird, und die Zentrale der Sparpolitik muß im Reichsministerium des Innern liegen. Dazu kommt, daß die Reichsverwaltung nicht nur weniger Geld hat, als manche Forderungen aus dem Hause es erkennen lassen, sondern auch weniger Macht. Die Weimarer Verfassung hat dem Reiche zwar mehr Kompetenzen und mehr Macht gegeben, aber durch den Wegfall der früheren Personalunion mit Preußen ist die Stellung des Reiches schwächer geworden. Das Reich ist in viel tieferem Sinne ein Rahmen für die Länder geworden, ohne die Macht, die jene Personalunion ihm gab.

Unter diesen Gesichtspunkten muß eine ganze Reihe von Forderungen und Kritiken auf ein anderes Maß zurückgeführt werden.

Der rein körperliche Wiederaufbau unseres Volkes

Ist eine der wichtigsten Aufgaben meines Ministeriums und muß mehr als bisher gefördert werden. Die Krankheiten des Krieges stecken auch heute noch im deutschen Volke, und es werden Jahrzehnte vergehen, ehe wir sie beseitigen können. Es ist durchaus der Wunsch zu verstehen, diese große Aufgabe der Wiederherstellung der Volksgesundheit einem Reichsgesundheitsministerium zu übertragen. Die Frage einer Reorganisation des Reichsgesundheitsamtes, einer Erweiterung seiner Aufgaben, einer Modernisierung, wenn sie wirklich nötig ist, wird von mir in Angriff genommen werden. Infolge der großen Gefahr, die dem deutschen Volke durch die Tausende und Abertausende von Flüchtlingen aus dem Osten droht, haben wir auch in diesem Jahre für die aus dem Osten kommenden Seuchen größere Mittel im Etat bereitgestellt. Zum körperlichen Wiederaufbau gehört auch die Arbeit, die durch Spiel, Turnen und Sport geleistet wird. Wir müssen uns klar werden, daß jeder Sport, wie er vom deutschen Volk getrieben wird, nicht mehr Sport ist in früherem Sinne, weder nach seiner spielerischen Seite hin, noch nach der Seite seiner Ueberforderungen, wie sie erst vor kurzem hier geübt worden sind. Das deutsche Volk wird geistig, moralisch und auch politisch nicht gefunden, wenn es nicht zuvor körperlich diszipliniert ist. Die körperliche Erhaltung des Volkes ist der erste Weg zu einer seelischen Säuberung.

Der moralische Niedergang ist nicht von ungefähr gekommen. Die Anfinde unseres moralischen Zusammenbruchs geben zurück in die Kriegszeit mit ihrer Staats- und Zwangswirtschaft, die jede Moral von Grund aus erschüttert und die Staatsautorität schon von Anfang des Krieges an erschüttert hat. Dadurch ist es gekommen, daß selbst der solide Kaufmann einfach aus der alten Bahn herausgeschleudert wurde in die Spekulation. Wenn die deutsche Gesetzgebung hier erweitert werden muß, so muß es in der Richtung geschehen, daß die wirtschaftliche Ausnutzung jugendlicher Reue durch Scherben und Abbildung in der Gesetzgebung mehr als bisher beachtet werden muß. Ich kann freilich auch hier meinen prinzipiellen Zweifel nicht unterdrücken, daß mit Gesetzgebung die Tausende und Abertausende von Flüchtlingen aus dem Osten droht, haben wir auch in diesem Jahre für die aus dem Osten kommenden Seuchen größere Mittel im Etat bereitgestellt. Zum körperlichen Wiederaufbau gehört auch die Arbeit, die durch Spiel, Turnen und Sport geleistet wird. Wir müssen uns klar werden, daß jeder Sport, wie er vom deutschen Volk getrieben wird, nicht mehr Sport ist in früherem Sinne, weder nach seiner spielerischen Seite hin, noch nach der Seite seiner Ueberforderungen, wie sie erst vor kurzem hier geübt worden sind. Das deutsche Volk wird geistig, moralisch und auch politisch nicht gefunden, wenn es nicht zuvor körperlich diszipliniert ist. Die körperliche Erhaltung des Volkes ist der erste Weg zu einer seelischen Säuberung.

Ich freue mich, daß im Hauptauschuß von allen Parteien zugunsten unserer deutschen Wissenschaft eine Summe angefordert und bewilligt worden ist. Zum geistigen Wiederaufbau gehört auch die Sorge für den geistigen Arbeiter.

nicht nur für den deutschen Studenten, sondern auch für alle diejenigen geistigen Arbeiter, die unter den heutigen wirtschaftlichen Verhältnissen schimmer leiden als irgendein anderer Beruf. Dabei ist noch an die deutschen Journalisten zu denken, die immer mehr in eine Abhängigkeit zum Kapital gekommen sind, und es ist zu erwägen, ob ihnen nicht geholfen werden kann. Die Not, in der die Presse augenblicklich leidet, ist nicht nur eine wirtschaftliche Frage, sondern darüber hinaus auch eine Frage, die den Aufbau des geistigen und politischen Deutschlands tief berührt, und wie werden uns klar darüber werden müssen, was für wirtschaftliche Folgen ein weiterer Zusammenbruch kleiner Zeitungen hat und was dieser Zusammenbruch für unser politisches Leben bedeutet.

Zum Schluß möchte ich noch den Kreis meiner Aufgaben berühren, den ich mit dem Worte

des staatlichen Wiederaufbaues

umfassen möchte. Wir müssen den Staat auch denen näher bringen, die ihm bisher abnehmend gegenüberstanden. Den Kreisen, die im prinzipiellen Gegensatz zum neuen Staate stehen, möchte ich die Frage vorlegen: Wie würde der deutsche Staat aussehen, wenn die kaiserlichen Erlasse vom September und Oktober 1918 sich ausgemirkt hätten. Am September 1918 erließ der ehemalige Kaiser einen Erlass, in dem es u. a. heißt: „Ich wünsche, daß das deutsche Volk wirksamer als bisher an der Bestimmung der Geschäfte des Vaterlandes mitarbeiten. Es ist mein Wille, daß Männer, die vom Vertrauen des Volkes getragen werden, in weitem Umfange teilnehmen an den Rechten und Pflichten der Regierung.“ Und einige Zeit später hat die kaiserliche Regierung folgendes veröffentlicht: „Wichtiges ist erreicht, das gleiche Wahlrecht in Preußen ist gesichert, eine neue Regierung hat sich aus Vertretern der Mehrheitsparteien des Reichstages gebildet. Der Reichsanwalt und seine Mitarbeiter bedürfen zu ihrer Arbeit des Vertrauens des Reichstages und des deutschen Volkes. Grundlegende Rechte sind vom Kaiser auf die Volksoberleitung übertragen worden. Die Kriegserklärung und der Friedensschluß unterliegen fortan dem Botium des Reichstages. Aber vieles bleibt noch zu tun. Die Umwandlung Deutschlands in einen Volksstaat, der in Bezug auf politische Freiheiten und soziale Fürsorge hinter keinem Staat der Welt zurückbleiben soll, wird entschlossen weitergeführt. Die Reuegestaltung kann ihre befreiende und heilende Wirkung nur ausüben, wenn sie in der Verwaltung und bei den Militärbehörden einen Geist findet, der ihre Zwecke erkennt und sie fördert. Wir erwarten von unseren Volksgenossen, die dem Gemeinwohl in amtlichen Stellen dienen, daß sie uns willige Mitarbeiter sein werden.“ (Zurufe rechts.)

Wie würde also das Deutschland aussehen, das, ohne eine Revolution durchgemacht zu haben, einfach nach diesen Erlassen regiert worden wäre? (Zwischenrufe rechts.) Wenn Sie das parlamentarische Deutschland bekämpfen, so bekämpfen Sie (zur Rechten) die Staatsform, wie sie von der kaiserlichen Regierung bereits beschlossen war. (Erneute Zwischenrufe rechts.) Der Staatsbegriff ist im Wandel, die Aufgabe ist, einen neuen Staatsbegriff in Deutsch-

land zu stabilisieren. Aufgabe der Demokratie ist es, den neuen Staatsbegriff zu verteidigen nach rechts und nach links. Im früheren Staat war das *Beamtentum* eine der stärksten Stützen. Es ist kein Wunder, daß auch das *Beamtentum* von der Erschütterung des Staatsbegriffes erschüttert worden ist. Der *Beamtentum* wird es infolge ihrer starken Stellung im alten Staat naturgemäß schwerer, in den neuen Staat aufzugehen, der ihr ganz andere Aufgaben stellt. Die Regierung hat nichts getan und wird nichts tun, um der *Beamtenschaft* den Übergang zu erleichtern, aber sie muß verlangen, daß die *Beamtenschaft* fest auf dem Boden der Tatsachen steht — mehr noch: fest in diesem Boden wurzelt. Und dann muß sich der Beamte an noch etwas gewöhnen, daran nämlich, daß in diesem *Beamtentum* auch aus anderen Berufen Leute hereinkommen, vorausgesetzt, daß sie die Fähigkeiten für den neuen Beruf mitbringen. (Wahl rechts.)

Der neue Staat hat neue Symbole.

Diese neuen Symbole stammen aus einer schweren Zeit, aber gerade deshalb wird das Volk sie lieben. (Beifall links.) Den Arbeitstendenzen entspricht es, genau denselben Respekt den neuen Symbolen entgegenzubringen, den früher die Arbeitstendenzen den alten Symbolen entgegenbrachten. (Unruhe rechts.) Mein Ministerium wird sich besonders der besetzten Gebiete im Westen annehmen. Nicht nur mit wirtschaftlichen Unterstützungen sorgen wir für dieses Gebiet, die Stärke der Verbindung mit dem besetzten Gebiet bleibt immer abhängig von der Kraft der Einheit im Reich selbst. Füllen wir den staatsrechtlichen Begriff des Reiches mit sozialem Verantwortungsgefühl, mit republikanischem Machtbewußtsein und mit jenem demokratischen Nationalbewußtsein, von dem ich gesprochen habe, dann werden wir das sein, was wir sein müssen und sein werden: nach außen eine Nation und nach innen ein Volk. (Beifall b. d. Saal.)

Abg. Dr. Schreiber (3.): Der Staat ist mit bemerkenswerter Sparlichkeit ausgestattet, er verlangt 490 Millionen weniger als der vorige. Wir sind gegen die Entschärfung des Ausschusses, wonach für weibliche Beamte und Hilfskräfte die Tatsache der unehelichen Mutterchaft als solche kein Grund zur Entlassung oder Anstrengung eines Disziplinarverfahrens sein soll. Von einem Abbau der technischen Rosthilfe wollen wir nichts wissen. Die Tuberkulose ist eine internationale Gefahr. Wir beantragen, den Reichszuschuß für die Rotgemeinschaft der deutschen Wissenschaft von 20 auf 40 Millionen zu erhöhen. Der Top des Wertstudien tritt jetzt immer stärker hervor. Gegen 20 000 bis 30 000 deutsche Studenten erwerben heute durch praktische Tätigkeit selbst die Mittel zu ihrer wissenschaftlichen Ausbildung.

Nach weiteren Ausführungen des Abg. Dr. Mumm (Dnct. Sp.) verläßt sich das Haus auf Dienstag, 2 Uhr: Kleine Anfragen, dritte Beratung des Mantelgesetzes, Fortsetzung der Debatte von heute. Schluß 6 Uhr.

Wirtschaft

Stinnes will Margarine ausführen.

Von unterrichteter Seite wird uns geschrieben: In der letzten Woche fanden im Reichsernährungsministerium Verhandlungen statt mit den Vertretern der *Industrie* der Landwirtschaft und der *Verbreiter* des Konsumentenkreises wie des Verbandes der *Fabrikarbeiter* Deutschlands. In dieser Sitzung handelte es sich hauptsächlich darum, von der Regierung eine größere Bewegungsfreiheit für *Ausfuhr* ihrer Produkte zu erlangen. Die Landwirtschaft weigert sich beinahe, Delfischen den *Industriellen* in gleichem Maße abzunehmen, weil ihnen angeblich die Preise zu hoch sind.

Im Anschluß an diese Beratung fand eine weitere Sitzung statt und zwar unter Vorsitz des *Ministerialdirektors Hoffmann*. Es wurde die Frage der *Ausfuhr* von Margarine besprochen. Die Lösung war es im Deutschen Reich verboten, Margarine auszuführen. Als sich nun die *Organisationsvertreter* entschieden gegen

eine Aufhebung dieses Verbotes wehrten und Unterlagen verlangten, erstens was vor dem Kriege ausgeführt worden war, zweitens wie groß die Produktion gegenwärtig ist und drittens, was im Lande konsumiert wird, da sagte der Vorsitzende, es sei nun aber bald Zeit, daß die Sache zum Abschluß käme; denn dieses sei schon die zweite Sitzung. Als nun noch vom Vertreter des *Fabrikarbeiterverbandes* die Frage aufgeworfen wurde, von wem denn die *Anregung* zur *Ausfuhr* von Margarine ausging, meinte der Herr *Ministerialdirektor*, von dem Herrn *Stinnes*; denn dieser Herr hat bekanntlich die *Margarinefabrik* von *Rohr* in *Barenfeldt* gekauft. Als hierauf einer unserer Kollegen mit der Hand abwinkte, geriet der Herr *Ministerialdirektor* in Unruhe, indem er sehr nervös zum Ausdruck brachte, der Name *Stinnes* könne auf gewisse Weise zu wirken, wie das rote Tuch auf eine bestimmte Tiergattung. Tatsache ist, daß die *Anregung* von den anderen *Margarineindustriellen* nicht gestellt war, sondern einzig und allein von *Stinnes*. Ein *Industrieller* teilte uns mit, daß vor dem Kriege recht wenig Margarine ausgeführt wurde. Um so befremdlicher ist die *Bereitschaft* der *Stinnes* und seiner Freunde, die Margarine nach *Herzogen* auszuführen. Es herrscht im Lande keine *Ueberproduktion* an Margarine, sondern gerade das Gegenteil ist der Fall, wenn die menschliche Ernährung auch nur annähernd den *Vorkriegsstand* erreichen soll. Die *Ausfuhr* bringt aber auch allerhand andere *Nachteile* mit sich. Das Ausland, insbesondere Staaten wie *Dänemark* und *Holland* usw. würden ihre *Gegenmaßnahmen* zu treffen wissen, und es der deutschen *Industrie* auf eine andere Art fühlen lassen, wenn nun auch die Margarine, die in genannten Staaten in reichlichem Maße produziert wird, in deutscher *Ware* einen *Konkurrenz* bekommen würde.

Abgesehen selbst von den letzten Gründen, so kann für uns als *Hauptgrund* der *Widmung* nur der sein, daß das deutsche Volk mit Margarine reichlich und billig versehen werden muß. Und es ist immerhin eigenartig, daß in einem für die Ernährung des deutschen Volkes verantwortlichen Ministerium auch andere Meinungen vertreten werden.

Die Molkeerzeugungsleistung der Welt.

Ueber die Erzeugung der Welt an Molkeerzeugnissen und die darin durch den Krieg hervorgerufenen, zum Teil tiefgreifenden Veränderungen berichtet dieser Tage der kanadische Molkeerzeugungs-Großhändler *James Alexander*, Präsident der Firma *James Alexander Ltd.* (Aktiengesellschaft) in *Montreal*, einem Ausschuß der *Londoner Handelskammer*. Nach dem Bericht des „*Manchester Guardian Commercial*“ ist die Erzeugung auf dem europäischen Festland, namentlich durch den *Zusatz* *Russlands*, das vor 1914 jährlich 92 Millionen englische Pfund (zu 454 Gramm) Butter nach England ausfuhrte, ganz wesentlich heruntergegangen. *Dänemark* lieferte 1914: 200 Millionen englische Pfund nach England, 1919: 84 Millionen Pfund, 1921 schon wieder 106 Millionen Pfund; *Schweden* 1914: 40 Millionen Pfund, 1921: nichts; *Frankreich* 1914: 25 Millionen Pfund, 1921: 0,4 Millionen Pfund. Geht man von der *Ablieferung* von Molkeerzeugnissen diejenigen Länder, die fern vom *Kriegstheater* lagen. *Argentinien* lieferte in 12 Monaten des Jahres 1914 nach England 10 Millionen Pfund, in 11 Monaten 1921: 41,5 Millionen Pfund. Für *Neuseeland* gab *Alexander* folgende *Ausfuhrmengen* (in Millionen Pfund):

	1915	1921
Butter	47	79
Käse	91	151

Ueber Kanada war seinen *Ausführungen* folgende Tabelle zu entnehmen (alles in Millionen englische Pfund):

	Erzeugung		Ausfuhr	
	1914	1920	1914	1921
Butter	84,0	111,7	1,2	0,7
Käse	169,5	149,5	144,5	133,6
Kondensierte Milch und Milchpulver	27,8	84,2	9,8	47,1

Wenigstens lagen die *Verhältnisse* in *Australien* und *Südafrika*. *Großbritannien* und *Irland* waren der einzige große Markt, der für die *Molkeerzeugnisse* der *britischen Kolonien* in diesen Jahren

zur Verfügung stand. Denn die *Bereinigten Staaten* haben den *Zollzuschuß* für *Molkeerzeugnisse* zweimal erhöht, und das übrige unterentwickelte Europa (*Deutschland*, *Oesterreich-Ungarn*, *Frankreich*, *Italien*) war entweder durch die *Blockade* abgeschlossen oder zu arm, um im großen Maße Käufer aufzutreten. Bemerkenswert ist die *Zunahme* des *inländischen Verbrauchs* an *kondensierter Milch* und *Butter* in *Kanada* in dieser Zeit: da die *Bevölkerung* des Landes sich aber *vermindert* hat, ist das ein bemerkenswertes Zeichen dafür, daß die *Kanadier* infolge der *vermehrten europäischen Zustände* seit 1914 wesentlich ihren Verbrauch an diesen hochwertigen Nahrungsmitteln steigern konnten. Was des einen Gute ist, ist des andern Nachteil! *Hermann Kranold*.

Brotpreispreise. In unsere Zusammenstellung der *Brotpreispreise* in der *Sonntagsausgabe* hat sich dadurch ein *sinnesstimmender Irrtum* eingeschlichen, als für *Weggen*, *Weizen* und *Oat* vor dem Kriege die Preise je zu 1000 kg angegeben wurden, während die *übrigen Preise* für je 50 kg gelten. Dadurch erscheint die *Teuerung* viel geringer als sie in *Wirklichkeit* ist. Tatsächlich steht *Weggen* also heute etwa auf dem *72fachen Friedensstand*! Und da kämpfen die *Landwirte* noch gegen das *Unlageverfahren*, obwohl sie leben mühen, daß dadurch *weite Bevölkerungsschichten* Hunger und *Stend* preisgegeben werden!

Genossenschaftstag 1922. *Ausfuhr* und *Vorstand* des *Zentralverbandes deutscher Konsumvereine* berufen den 19. ordentlichen *Genossenschaftstag* für die Zeit vom 19. bis 21. Juni 1922 nach *Elfenach* ein. Die *zwei* *Weggenstände* umfassende *Tagesordnung* enthält die *Berichte* über *Entwicklung* des *Zentralverbandes* und die *wirtschaftlichen Maßnahmen* seines *Vorstandes*, den *Bericht* des *Ausschusses* und einen über *internationale genossenschaftliche Angelegenheiten*. Der *zweite* *Tag* bringt *Referate* über *Lieferantenangelegenheiten* und über die *Verdrückung* der *Genossenschaften* durch die *Verbände* der *Fabrikanten* und *Händler*. Dann werden *Berichte* über die *Tätigkeit* der *Fortbildungskommission* und über die *Pensionskasse* des *Zentralverbandes*, zuletzt die *reinen geschäftlichen Angelegenheiten* folgen. Im *Anschluß* an den *Genossenschaftstag* wird, wie *üblich*, die (*zehnte*) *ordentliche Generalversammlung* der *Verlagsgesellschaft deutscher Konsumvereine* abgehalten werden.

Landwirtschaftliche und Konsumgenossenschaften. Das *Führer* *Wirtschaftsministerium* gibt zur *Veränderung* der *Kartoffel* 30 000 *zentner Weizenmehl* unter dem *Tagespreis* an die *bedürftigsten Volksschichten* ab. Die *Verteilung* erfolgt durch die *Reisefreie* *Zentrale* in *Erft* und die *Konsumgenossenschaften* des *Zentralverbandes deutscher Konsumvereine*.

„Das Zeitungspapier halb umsonst!“ Während die deutsche *Presse* infolge der *mehrfachen* *Verteuerung* der *Rohmaterialien* um ihre *Existenzmöglichkeit* auf das *Schwerste* kämpfen muß, erhielt kürzlich ein *Verleger* von der *Papierfabrik „Hilchenbach“* G. m. b. H. folgende *Antwort* auf eine *Bestellung*: „Ihr *Gehretes* vom 18. d. M. *besten* wir. Leider können wir *Aufträge* zur so *schnellen* *Lieferung* nicht übernehmen. Der *früheste* *Liefertermin* wäre *Ende* *Juni*. Auch kann in der *Preisfrage* *Zeitungsdruck*, wofür *Bergünstigungen* eingeräumt werden, mit *anderen* *Papierarten* nie und *nimmer* auf eine *Stufe* gestellt werden. Die *Zeitungen* erhalten, wenn sie auch noch so *schreien*, *tatsächlich* das *Druckpapier* im *mer* *nach* *halb* *geschenkt*. Was sind 40 Proz. *Dividende* in *Papiermarkt* — 1 Proz. *Friedensdividende*, *weiter* *nichts*. — Man kann aus dem *Schreiben* entnehmen, daß die *Papierfabriken* sich jetzt eines *Verkehrstones* befleißigen, der sich *immerhin* *sehen* *lassen* kann und der *nicht* gerade auf die *Rollage* des *Gewerbes* *schließen* läßt. Daß 40 Proz. *Dividende* kein *erheblicher* *Gewinn* ist, wenn man sie mit der *Friedensdividende* in *Goldmark* vergleicht, *wirkt* in diesem *Zusammenhang* wie ein *schlechter* *Witz*. Es müßte dazu *mindestens* *bemerk* werden, daß *Tausende* von *Arbeitslosen* leben, die ihr *Geld* in *festverzinslichen* *Werten* angelegt haben, sich mit 5 oder *weniger* *Prozent* *bescheiden* müssen und *dabei* *hungern*. Aber davon wissen solche *Unternehmer* *nichts*, die in *rücksichtsloser* *Profitgier* nach dem *Lebensrecht* ihrer *Abnehmer* *nichts* fragen.

Die Frankfurter Messe. Die *Frankfurter Messe* war bereits am *ersten* *Tage* der *Messe* über alle *Erwartungen* hinaus gut *besucht*.

Was geschieht zur systematischen Bekämpfung der Rachitis?

Eine neue Errungenschaft deutscher medizinischer Forschung: Rachitis (englische Krankheit) ist jetzt sicher heilbar!

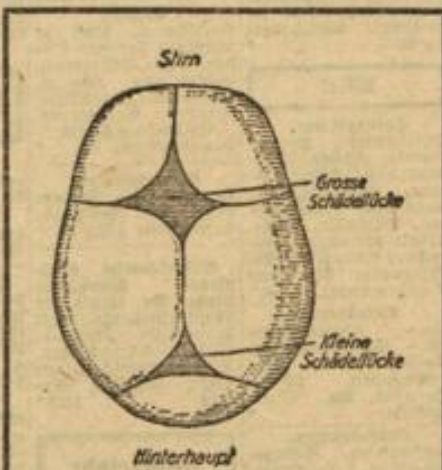
Rachitis ist eine derart verbreitete Krankheit daß — was häufig unbekannt — fast jedes Kind in Mitteleuropa im ersten Lebensjahre eine rachitische Erkrankung durchmacht, alle Kinder vom 1. bis 6. Lebensjahre, gleichviel ob arm, ob reich, gut oder schlecht ernährt, auf dem Lande wie in der Stadt. Die Wirkung der bisherigen Behandlungsmethoden war meist langwierig und konnte daher oft eine Verkrüppelung nicht mehr verhüten. Im Grunde hatte die Forschung des Jahrzehnts keinen praktischen Fortschritt gebracht. Erst 1919 gelang es in Professor *Biesalskis* Oskar-Helene-Heim für Heilung gebrechlicher Kinder zu Berlin-Dahlem dem Assistenten der Anstalt, Dr. *K. Huldshinsky*, den Nachweis zu erbringen, daß die rationelle Anwendung der neuen, sogenannten *Ultraviolett-Therapie*, d. h. Bestrahlung mit „Künstlicher Höhensonne — Original Hanau —“, als ein neues sicheres Heilmittel gegen die Rachitis anzusehen ist, das in jedem Falle die Krankheit in kürzester Zeit zum Stillstand und zur Abheilung bringt. Die aufsehenerregenden, vielen Ärzten noch unbekanntem medizinischen Untersuchungen von Dr. *Huldshinsky* sollten von allen Angehörigen bezogen und dem behandelnden Arzt vorgelegt werden. (Preis M. 2,50, siehe unten.)

Ausblicke der neuen Entdeckung: Da es möglich ist, im Monat 192 Kinder und im Jahre weit über 1000 Rachitiker mit einem einzigen Apparat zu heilen und jeder nur einen Monat hindurch vorbeugend bestrahlte Säugling vor späterer rachitischer Erkrankung geschützt ist, so sollten alle Eltern, Stadtverordnete, Volksfreunde, Betriebsräte darauf dringen, daß alle Kinder im ersten Lebensjahre systematisch einer Bestrahlungskur zugeführt werden. Jede Fabrik, jede Gemeinde, jede Krankenkasse kann die relativ geringen Kosten für Einrichtung eines ärztlich geleiteten Bestrahlungsinstituts ohne Schwierigkeit aufbringen.

Verlangen Sie zur Begründung von Anträgen das „Rachitis-Merkblatt für Mütter und Pflegerinnen“ kostenlos!

Eine Unterlassungssünde würde vorliegen, wenn Dr. Huldshinsky's Forderung unbeachtet bleibt: „Die Schutzbestrahlung gegen Rachitis sollte so allgemein eingeführt werden wie die Schutzimpfung gegen die Pocken. Jedes Kind, gleich ob bereits Zeichen von Rachitis an ihm wahrnehmbar sind oder nicht, sollte in seinem ersten Lebensjahre wenigstens einen Monat lang einer Bestrahlungskur unterworfen werden. Geschieht das, so haben wir jetzt Aussicht, die Rachitis als Volksseuche überhaupt verschwinden zu sehen. Rachitis darf jetzt in einem geordneten Gemeinwesen überhaupt nicht mehr vorkommen.“

„Künstliche Höhensonne — Original Hanau“ — sind für Aerzte oder Kliniken bestimmte Apparate zur Erzeugung unsichtbarer ultravioletter Strahlen, des Hauptheilsfaktors der Hochgebirgskuren. Ein Verkauf an Private findet nicht statt. Selbstbehandlung ohne ärztliche Vorschrift ist gefährlich und ausgeschlossen. Ueber 18000 Aerzte, Universitätskliniken und -institute behandeln seit Jahren mit Künstlicher Höhensonne — Original Hanau. Die Bestrahlung beschleunigt und verstärkt die Wirkung vieler Medikamente und anderer Behandlungsmethoden; sie bringt Heilung auf überaus zahlreichen Krankheitsgebieten — fragen Sie Ihren Arzt —, namentlich auch bei Skrofulose, Knochentuberkulose und Tuberkuloseverdacht. — Eine gemeinverständliche Darstellung der Wirkung und Anwendungsgebiete liefern nachstehende Buchwerke: *Die Ultraviolett-Therapie der Rachitis*. Von Dr. med. *Huldshinsky*, geb. M. 2,50. — „Sonne als Heilmittel.“ Von Dr. med. *F. Thederling*, geb. M. 6,60. — „Skrofulose, ihre Ursachen, Bedeutung und Heilung.“ Von Dr. med. *F. Thederling*, geb. M. 2,10. — „Die Bedeutung der verschiedenen Strahlen für die Diagnose und Behandlung der Tuberkulose.“ Von Dr. *R. Gassul* vom Berliner Universitätsinstitut für Krebsforschung. (Mit dem *Robert-Koch-Preis* für Tuberkuloseforschung gekrönt. Monographie) geb. M. 18,00. — „Licht heilt! Licht schützt vor Krankheit.“ Von *San.-Rat* Dr. *Breiger*, geb. M. 3,00. — „Wie heilt Tuberkulose?“ Von *San.-Rat* Dr. *Breiger*, geb. M. 1,50. — „Gebt den Kindern Sonne“, ein Mahnwort an Mütter von *Oberarzt* Dr. *Klare*, geb. M. 1,50. — „Die Lichtbehandlung des Haarausfalles.“ Von Dr. *F. Nagelschmidt*, kart. M. 24, —. — „Der Feind nach dem Kriege! Unsere größte Gefahr, die Tuberkulose.“ Von *Hippolyt Meles*, geb. M. 2,00. Versand nur gegen Nachnahme.



Die normalen (also nicht rachitischen) Schädellücken des Säuglings von oben gesehen.

Die große, viereckige liegt über der Stirn, die kleine, dreieckige am Hinterkopf. Bei beginnender Rachitis kann man nun zu beiden Seiten und hinter der dreieckigen Schädellücke eine ungewöhnliche Weichheit des Schädelknochens finden. Jede Mutter und Pflegerin so i von Zeit zu Zeit danach suchen. Die Stellen fühlen sich an wie ein Zelluloidball oder ein Gummiball, je nach der Schwere der Erkrankung.

Vorführung der Apparate in den Niederlassungen der Allgemeinen Elektrizitäts-Gesellschaft (AEG).

